

Stand: 25.04.2024 16:58:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/5764

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen"

Vorgangsverlauf:

1. Gesetzentwurf 16/5764 vom 24.09.2010
2. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 27.10.2010
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/10641 des BI vom 08.12.2011
4. Beschluss des Plenums 16/12014 vom 27.03.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 27.03.2012

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll, Karin Pranghofer, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

A) Problem

Die aktuellen Entwicklungen in verschiedenen Bereichen prägen in Bayern die bildungspolitische Landschaft bereits jetzt: Schülerrückgang und steigende Übertrittszahlen an Gymnasium und Realschule. Dies wird zu einer dramatischen Gefährdung hunderter Schulstandorte vor allem im ländlichen Bereich führen. Gleichzeitig werden in vielen Fällen die vorhandenen Schulbauten im Gymnasium und in der Realschule nicht mehr ausreichen, weil die Schülerzahlen an diesen Schularten zunehmen. Die Unterzeichnung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung verlangt auch in Bayern ein inklusives Schulsystem, d.h. Schulen in allen Altersbereichen, die für alle Kinder und Jugendliche zugänglich sind. Bei all diesen Herausforderungen stößt das gegliederte Schulsystem in Bayern an seine Grenzen. Eine Weiterentwicklung des Schulsystems in Richtung integrativer Schulformen ist deshalb auch in Bayern angezeigt.

B) Lösung

1. Einführung der Gemeinschaftsschule

Im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Bay-EUG) ist die Gemeinschaftsschule als ergänzendes Angebot zu verankern. Damit wird eine neue Schulart geschaffen, die den Schülerinnen und Schülern nach der zehnten Klasse gemäß den Richtlinien der Kultusministerkonferenz entweder den Hauptschulabschluss (bereits nach neun erfolgreichen Schulbesuchsjahren möglich) oder den Mittleren Schulabschluss (Realschulabschluss) ermöglicht. Bei Erfüllung bestimmter Leistungsanforderungen beinhaltet der an der Gemeinschaftsschule erworbene Mittlere Schulabschluss die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe (Sekundarstufe II) im unmittelbaren Anschluss. Dabei kann das allgemeine Abitur auch in einem neu zu schaffenden Oberstufenzentrum, das an einer Gemeinschaftsschule angegliedert werden kann und für mehrere benachbarte Gemeinschaftsschulen zuständig ist, abgelegt werden.

Die Gemeinschaftsschule umfasst die Jahrgangsstufen 1 bis 10, wobei bestehende Grundschulen schulorganisatorisch getrennt geführt werden können. Sie ist ein ganzheitliches Bildungsangebot und gestaltet deshalb die Schulzeit bis zum ersten Schulabschluss als pädagogische Einheit (Bildung ohne Brüche). Je nach Schulgröße können Jahrgangsklassen aber auch jahrgangsgemischte Gruppen gebildet werden. Vor allem durch moderne jahrgangs- und klassenübergreifende Konzepte bietet die Gemeinschaftsschule ein differenziertes Bildungsangebot auch für kleine Schulstandorte ab einer Schulgröße von 150 Schülern. Damit ist in einem Flächenland wie Bayern auch im ländlichen Raum gewährleistet, dass die Gemeinden ein attraktives Bildungsangebot für ihre Bürgerinnen und Bürger aufrecht erhalten können und das gesellschaftliche Leben in Takt bleibt.

Eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in Schularten findet zu keiner Zeit statt. Damit gibt es auch keine Übertrittsregularien mehr. Jede Schülerin und jeder Schüler bekommt das Lernangebot, das sie und er aufgrund ihrer und seiner Potenziale bewältigen können. Das pädagogische Prinzip der individuellen Förderung – das Kind steht im Mittelpunkt, nicht das System – ermöglicht es den Lernenden, sich durch binnendifferenzierende Maßnahmen und zusätzliche Angebote in Kursen oder Fachmodulen auf das individuell mögliche Abschlussprofil vorzubereiten. Damit wird erst am Ende des schulischen Lernprozesses entschieden, an welcher Prüfungsform die Schülerin und der Schüler teilnehmen. Die individuelle Förderung erlaubt es, auf das Wiederholen ganzer Schuljahre i.d.R. verzichten zu können.

Da jede Schülerin und jeder Schüler ein passgenaues Lernangebot erhält, ist gewährleistet, dass es weder Unter- noch Überforderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler gibt. Die individuellen Lernpläne ermöglichen auch die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, selbst dann, wenn sie nicht lernzielgleich, d.h. entsprechend der drei gängigen Bildungsstandards, vergleichbar dem Anforderungsprofil der Haupt-, Realschule oder des Gymnasiums, unterrichtet werden können. Damit ist die Gemeinschaftsschule ein inklusives Schulangebot im Sinne der UN-Konvention für Rechte von Menschen mit Behinderung gemäß Art. 24 UN-Konvention. Um regionalen Begebenheiten gerecht zu werden, kann sich jede Gemeinschaftsschule ein individuelles Schulprofil geben. Die Schulfamilie und der Schulträger arbeiten hierbei eng zusammen.

Die Leistungserhebungen werden dem pädagogischen Prinzip der individuellen Förderung angepasst. So werden die üblichen schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfungen um Elemente wie das Präsentieren der geleisteten Arbeiten und das Bewerten des Lernprozesses ergänzt. Jede Schülerin bzw. jeder Schüler führt ein persönliches Portfolio über die gesamten Schuljahre, das in die Gesamtbeurteilung der Persönlichkeit mit einfließt.

Da in der Gemeinschaftsschule das gymnasiale Lernangebot grundsätzlich Standard des Lernprozesses ist, das je nach Potenzial des einzelnen Lernenden angepasst wird, unterrichten bis zu einer evtl. Neuausrichtung der Lehrerbildung Lehrkräfte aller Schularten (Haupt-, Realschul- und Gymnasiallehrkräfte) an einer Gemeinschaftsschule. Das pädagogische Personal wird bei Bedarf ergänzt um Lehrkräfte aus dem Förderschulwesen sowie um Förderlehrkräfte (ehemals Pädagogische Assistenten), Sozialpädagogen und externe Fachkräfte.

Gemeinschaftsschulen werden auf Antrag des Schulträgers und der Schulfamilie durch die Verbindung von Schulen verschiedener Schularten oder durch eine Schulartänderung eingerichtet. Basis ist immer ein von den Schulen zu erarbeitendes pädagogisches Konzept, das beschreibt, in welchen Schritten Formen des längeren gemeinsamen Lernens bis zur zehnten Jahrgangsstufe realisiert werden soll. Damit wird sichergestellt, dass eine für die Region passgenaue und bedarfsgerechte Schule entsteht, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewollt und mit entwickelt wird. Eine Gemeinschaftsschule kann nicht angeordnet werden, sondern ist eine freiwillige Entscheidung der Schulfamilie vor Ort.

Die Gemeinschaftsschule wird grundsätzlich als gebundene Ganztagschule geführt.

Die Erweiterung des bayerischen Schulangebots durch Gemeinschaftsschulen wird als einzige Schulart in der Lage sein, den für viele Eltern und Schülerinnen und Schüler unerträglichen Übertrittsdruck in der Grundschule zu beenden, indem die Gemeinschaftsschule auf das Einsortieren der Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Schularten nach der vierten Klasse verzichtet. Durch das individuelle Lernangebot an der Gemeinschaftsschule mit der Möglichkeit, einen Mittleren Bildungsabschluss ohne vorherigen Schulartwechsel ablegen zu können, wird die Entscheidungsfreiheit der Eltern jenseits von Gymnasium und Realschule wieder möglich. Eltern können sich wieder bewusst für ein Schulangebot entscheiden, das keinen Wechsel auf ein Gymnasium oder eine Realschule, oft verbunden mit langen Schulwegen, bedeutet. Durch die flexible Schulorganisation ist allein die Gemeinschaftsschule in der Lage, das Bildungsangebot im ländlichen Raum wohnortnah zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Gemeinschaftsschule neben der Grundschule die einzige Schulart, die ohne Probleme als inklusive Schule auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung aufnehmen kann.

Die Gemeinschaftsschule ist die einzige Schulart in Bayern, die freiwillig auf alleinigen Antrag des Schulträgers und der Schulfamilie eingerichtet wird. Sie besteht nur, wenn sie gewollt und gebraucht wird. Damit ist die größtmögliche Berücksichtigung und Einbeziehung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.

2. Modellschulen in der Region

Unabhängig von der Einführung der neuen Schulart „Gemeinschaftsschule“ wird das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen dahingehend ergänzt, dass künftig auf Antrag eines Schulträgers und der Schulfamilie neben Schulversuchen und der Einrichtung von Modussschulen auch „Modellschulen in der Region“ eingerichtet werden können. Um die bayerische Schullandschaft innerhalb der vorgegebenen Bildungsstandards bedarfsgerecht weiter entwickeln zu können, muss es den Schulen möglich sein, unbürokratisch eigene Wege gehen zu können, um das für ihre Region notwendige und von den Bürgerinnen und Bürgern gewünschte Schulangebot einzurichten zu können. Dabei wird zwar die Vielfalt der Schulform zugelassen, aber nicht das Setzen eigener Standards oder von Abschlussinhalten. Den Anträgen für Modellschulen in der Region muss ein ausführliches pädagogisches Konzept zugrunde liegen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Kosten für den Staat

I.1. Einführung der Gemeinschaftsschule

Da Gemeinschaftsschulen als gebundene Ganztagschulen eingerichtet werden, entstehen dem Staat die gleichen Mehrkosten für zusätzliche Lehrerstunden und für den Sachaufwand wie in den anderen Schularten. Die Anwendung des Konnexitätsprinzips wird für die Umwandlung der bestehenden Schulen wie der Gemeinschaftsschulen in einen Ganztagsbetrieb vorausgesetzt. Für die individuelle Förderung werden pro Klasse bzw. Lerngruppe bis zu zehn zusätzliche Lehrerstunden benötigt.

I.2. Modellschulen in der Region

Anträge für Modellschulen in der Region können aufgrund ihres pädagogischen Konzepts einen höheren Personalaufwand haben.

Kosten für die Kommunen

II.1. Einführung der Gemeinschaftsschulen

Die Einrichtung der Gemeinschaftsschulen im Ganztagsbetrieb orientiert sich an den bestehenden Schularten und unterliegt dem Konnexitätsprinzip. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass durch das Aufrechterhalten des wohnortnahen Schulangebots und die damit verbundene Weiternutzung der meist bestehenden Schulgebäude für die Kommunen ein Kostenvorteil und keine Kostenmehrbelastung entsteht. Durch Wegfall langer Schülertransporte in andere weiterführende Schulen kann ebenfalls eine Kostenreduzierung für die Kommunen erzielt werden. Indirekt ergibt sich ein weiteres Einsparpotenzial bei der Kreisumlage, da durch die Veränderung von Schülerströmen Neu- bzw. Erweiterungsbauten von Gymnasien und Realschulen wegfallen.

II.2. Modellschulen in der Region

Modellschulen in der Region nutzen in der Regel bestehende Gebäude. Dadurch entstehen in der Modellphase Mehrkosten nur, wenn der Sachaufwandsträger diese aufgrund des pädagogischen Konzepts anerkennt.

Kosten für die Wirtschaft und den Bürger

Keine

Konnexitätsprinzip

Da die Gemeinschaftsschule als gebundene Ganztagschule eingerichtet wird, ist das Konnexitätsprinzip berührt. Insbesondere gebäudliche Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Einrichtung des Ganztagsbetriebs stehen, müssen durch den Staat entsprechend FAG-gefördert werden. Dazu ist ein Investitionsprogramm notwendig, ebenfalls für die anderen Schularten.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

§ 1

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht des zweiten Teils wird wie folgt geändert:
 - a) In Abschnitt II Buchst. a werden folgende neue Art. 9a und 9b eingefügt:

„Art. 9a Die Gemeinschaftsschule
Art. 9b Oberstufenzentren“
 - b) In der Überschrift des Abschnitts XII werden nach dem Wort „Schulversuche,“ die Worte „Modellschulen in der Region,“ eingefügt.
2. Art. 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Dabei ist das pädagogische Prinzip der individuellen Förderung anzuwenden und für jede Schülerin und für jeden Schüler ein individueller Lernplan zu erstellen.“
 - b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.
3. Art. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es werden folgende neue Buchst. d und e eingefügt:

„d) die Gemeinschaftsschule,
e) die eigenständigen Oberstufenzentren für den Sekundarstufenbereich II,“
 - bb) Der bisherige Buchst. d wird Buchst. f.
 - b) Es wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Gemeinschaftsschulen sind grundsätzlich gebundene Ganztagschulen.“

4. Es werden folgende Art. 9a und 9b eingefügt:

„Art. 9a Die Gemeinschaftsschule

(1) ¹Die Gemeinschaftsschule ist ein ganzheitliches Bildungsangebot. ²Sie bietet für alle Schülerinnen und Schüler passgenaue Lerninhalte gemäß ihrer persönlichen Potenziale. ³Der Lehrplan umfasst alle von der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegten Bildungsstandards. ⁴Durch das durchgängige pädagogische Prinzip der individuellen Förderung ist die Gemeinschaftsschule in der Lage, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufzunehmen und lernzieldifferent zu unterrichten.

(2) ¹In der Gemeinschaftsschule können Abschlüsse der Sekundarstufe I in einem gemeinsamen Bildungsgang ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schularten erreicht werden. ²In der Gemeinschaftsschule findet der Unterricht grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam statt, wobei den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler vor allem durch Formen binnendifferenzierenden Unterrichts entsprochen werden.

(3) ¹Die Gemeinschaftsschule umfasst die Jahrgangsstufe 1 bis 10. ²Bestehende Grundschulen können organisatorisch mit einer Gemeinschaftsschule verbunden werden. ³Die Gemeinschaftsschulen entwickeln eigenständig Schulprofile. ⁴Durch moderne jahrgangs- und klassenübergreifende Konzepte bietet die Gemeinschaftsschule ein differenziertes Bildungsangebot auch für kleine Schulstandorte.

(4) ¹Gemeinschaftsschulen entstehen auf Antrag der Schulträger und des Schulforums durch die Verbindung von Schulen verschiedener Schularten oder durch eine Schulartänderung auf der Grundlage eines von den Schulen zu erarbeitenden pädagogischen Konzepts, das beschreibt, in welchen Schritten Formen des längeren gemeinsamen Lernens bis zur zehnten Jahrgangsstufe realisiert werden sollen. ²Den Gemeinschaftsschulen können organisatorisch eigenständige Oberstufenzentren angegliedert werden.

Art. 9b Oberstufenzentren

(1) ¹In Ergänzung zu der gymnasialen Oberstufe und den beruflichen Oberschulen können für die Sekundarstufe II eigenständige Oberstufenzentren an Gemeinschaftsschulen angegliedert werden. ²Dabei können sich mehrere Gemeinschaftsschulen zu einem Oberstufenzentrum zusammenschließen.

- (2) Das allgemeine Abitur kann an einem Oberstufenzentrum einer Gemeinschaftsschule nach zwei oder drei Schuljahren abgelegt werden.“
5. Art. 25 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:
- „2. das Abschlusszeugnis der 10. Klasse der Gemeinschaftsschule,“
- b) Die bisherigen Nrn. 2 bis 6 werden Nrn. 3 bis 7.
6. In Art. 36 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 werden nach dem Wort „Realschule,“ die Worte „einer Gemeinschaftsschule,“ eingefügt.
7. Dem Art. 44 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
- „³An den Gemeinschaftsschulen ist eine Eignungsprüfung beim Eintritt nicht erforderlich.“
8. In Art. 46 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Realschulen,“ das Wort „Gemeinschaftsschulen,“ eingefügt.
9. Dem Art. 52 wird folgender Abs. 5 angefügt:
- „(5) ¹In der Gemeinschaftsschule werden Leistungserhebungen so durchgeführt, dass sie die Gesamtpersönlichkeit der Schülerin und des Schülers erfassen. ²Zu diesem Zweck wird für jede Schülerin und für jeden Schüler ein persönliches Portfolio angelegt, das die Lernentwicklung ausführlich dokumentiert. ³Damit wird nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Prozess des Lernens erfasst und lernziendifferente Leistungen erhoben und dokumentiert. ⁴Neben schriftlichen, mündlichen und praktischen Formen der Leistungserhebung wird der Präsentation von Ergebnissen ein hohes Gewicht beigemessen.“
10. Dem Art. 53 wird folgender Abs. 8 angefügt:
- „(8) An den Gemeinschaftsschulen finden die Abs. 1 bis 7 keine Anwendung.“
11. Art. 62 Abs. 6 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgende neue Nr. 4 eingefügt:
- „4. für die Gemeinschaftsschulen acht,“
- bb) Die bisherigen Nrn. 4 bis 6 werden Nrn. 5 bis 7.
- b) In Satz 4 wird die Zahl „40“ durch die Zahl „48“ ersetzt.
12. In Art. 62a Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach dem Wort „Gymnasien“ das Wort „, Gemeinschaftsschulen“ eingefügt.
13. Art. 64 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 wird nach dem Wort „Gymnasien,“ das Wort „Gemeinschaftsschulen,“ eingefügt.
- b) In Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach dem Wort „Realschulen“ das Wort „, Gemeinschaftsschulen“ eingefügt.
14. In Art. 65 Abs. 1 Satz 3 Nr. 10 werden nach dem Wort „Schulen“ die Worte „sowie insbesondere bei der Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen“ eingefügt.
15. Art. 69 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgende neue Nr. 3 eingefügt:
- „3. die Stellung eines Antrags auf Umwandlung der Schule in eine Gemeinschaftsschule,“
- b) Die bisherigen Nrn. 3 bis 5 werden Nrn. 4 bis 6.
16. In Art. 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 werden nach dem Wort „Schulversuche“ die Worte „, Anträge auf Modellschulen in der Region“ eingefügt.
17. In der Überschrift des Abschnitts XII werden nach dem Wort „Schulversuche,“ die Worte „Modellschulen in der Region,“ eingefügt.
18. In Art. 81 Satz 1 werden nach dem Wort „Schulversuche“ die Worte „, Modellschulen in der Region“ eingefügt.
19. Art. 82 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgender neuer Abs. 5 eingefügt:
- „(5) ¹Die Abs. 1 bis 4 gelten sinngemäß auch für die Einrichtung von Modellschulen in der Region. ²Um den ländlichen Raum auch zukünftig mit hochwertiger Bildung zu versorgen und damit wohnortnahe Schulstandorte erhalten zu können, kann das Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf Antrag des Schulaufwandsträgers und des Schulforums Modellschulen einrichten. ³Die Modellschulen können die Inhalte und Bildungsstandards mehrere Schularten umfassen. ⁴Den Modellschulen liegt ein jeweils an den Erfordernissen vor Ort orientiertes pädagogisches Konzept zugrunde.“
- b) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 6.
20. Art. 83 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 werden nach den Worten „staatlichen Schulen“ die Worte „, von Modellschulen in der Region“ eingefügt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Schulversuche“ die Worte „und Modellschulen in der Region“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Schulversuch“ die Worte „und bei der Einführung von Modellschulen in der Region“ eingefügt.
- c) In Abs. 3 werden nach dem Wort „Schulversuchs“ die Worte „, von Modellschulen in der Region“ eingefügt.

21. Art. 114 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 4 Buchst. a werden nach dem Wort „Volksschulen“ die Worte „und Gemeinschaftsschulen“ eingefügt.
- b) Nr. 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neuer Buchst. b eingefügt:
 - „b) bei Gemeinschaftsschulen,“
 - bb) Der bisherige Buchst. b wird Buchst. c.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

Zu Nr. 1:

Erforderliche Anpassung der Inhaltsübersicht wegen Einführung der Gemeinschaftsschule und von Modellschulen in der Region in das BayEUG.

Zu Nr. 2:

Jedes Kind ist anders. Jedes Kind hat Stärken und Schwächen und unterschiedliche Potentiale. Um die unterschiedlichen Potentiale der Kinder heben zu können, muss es für jedes Kind einen eigenen Lernplan geben, der es dort abholt, wo es steht, und dorthin bringt, wo es hinkommen kann. Eine Pädagogik für das Mittelmaß ist überholt und lässt Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen verkümmern oder sie bleiben unentdeckt. Das moderne pädagogische Prinzip der individuellen Förderung ist durch die differenzierte Betrachtung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Kindes in der Lage, eine optimale Förderung zu gewährleisten. Dadurch kann die Schülerin und der Schüler mit einer mathematischen Stärke ihr bzw. sein Potential ausbauen und die Schülerin und der Schüler mit Schwächen in Deutsch wird nicht permanent überfordert, sondern optimal gefördert. Dieses Prinzip der individuellen Förderung muss für alle Schulen Aufgabe und Verpflichtung sein und an allen Schulen angewendet werden.

Zu Nr. 3:

Buchst. a:

Redaktionelle Änderung infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Buchst. b:

Die Welt erklärt man nicht an einem halben Tag. Die rhythmisierte, gebundene Ganztagschule hat mehr Zeit zum Lernen und Erklären. Das macht das Lernen für alle Kinder unabhängiger vom Elternhaus, weil Unterricht und Übungszeiten dort stattfinden, wo Profis arbeiten: in der Schule. Es verlagert die Schule wieder vom heimischen Küchentisch oder vom teuer erkauften Nachhilfeeinstüt an den eigentlichen Lernort Schule zurück. Die gebundenen Ganztagschulen tragen insofern dazu bei, gleiche Bildungschancen zu gewährleisten. Die neu zu gründenden Gemeinschaftsschulen funktionieren nach diesem pädagogischen Prinzip und sind ihm verpflichtet.

Zu Nr. 4:

Neuer Art. 9a:

Die Einführung von Gemeinschaftsschulen trägt zur Lösung dreier wesentlicher Herausforderungen in Bayern bei: Sie wirkt dem Schulsterben in den ländlichen Regionen entgegen, weil sie durch ihre moderne Pädagogik der individuellen Förderung auch in kleineren Einheiten funktioniert. Sie trägt zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit bei, weil durch die moderne Pädagogik der individuellen Förderung keiner verloren geht, sondern alle Bildungspotenziale der Kinder und Jugendlichen gehoben werden können. Und sie ist eine echte inklusive Schule, weil durch die moderne Pädagogik der individuellen Förderung auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung gemeinsam unterrichtet werden können.

Neuer Art. 9b:

Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die eine Gemeinschaftsschule nach der 10. Klasse erfolgreich absolviert haben und den mittleren Schulabschluss erhalten haben, können an den Oberstufenzentren der Gemeinschaftsschulen, an den beruflichen Oberschulen und in der Oberstufe der Gymnasien ihr Abitur ablegen. An den Oberstufenzentren der Gemeinschaftsschulen ist es möglich, die allgemeine Hochschulreife nach drei Jahren zu erlangen.

Zu Nr. 5:

Redaktionelle Änderung infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Zu Nr. 6:

Redaktionelle Änderung infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Zu Nr. 7:

An den Gemeinschaftsschulen ist eine Eignungsprüfung beim Eintritt nicht erforderlich: Da die Gemeinschaftsschulen nach dem modernen pädagogischen Prinzip der individuellen Förderung funktionieren, können alle Kinder und Jugendlichen dort abgeholt werden, wo ihr Leistungsstand sie verortet. Eine eigene Eignungsprüfung erübrigt sich dadurch.

Zu Nr. 8:

Redaktionelle Änderung infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Zu Nr. 9:

Das moderne pädagogische Prinzip der individuellen Förderung erfordert andere Methoden der Leistungserhebung. Das persönliche Portfolio, in dem die Lernentwicklung und der Lernfortschritt einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers dokumentiert wird, ist das geeignete Mittel.

Zu Nr. 10:

Die herkömmliche Form der Leistungserhebung durch Ziffernoten widerspricht dem modernen pädagogischen Prinzip der individuellen Förderung. Da die Gemeinschaftsschulen nach diesem Prinzip arbeiten, können die in Art. 53 Abs. 1 bis 7 genannten Formen der Leistungserhebung keine Anwendung finden.

Zu Nr. 11:

Buchst. a:

Bei der Anzahl der Bezirksschülersprecherinnen und Bezirksschülersprecher werden die Gemeinschaftsschulen den weiterführenden Schulen gleichgestellt.

Buchst. b:

Die Gesamtzahl der Bezirksschülersprecherinnen und Bezirksschülersprecher erhöht sich von 40 auf 48 durch die acht neuen Bezirksschülersprecherinnen und Bezirksschülersprecher für die Gemeinschaftsschulen.

Zu Nr. 12:

Redaktionelle Änderung infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Zu Nr. 13:

Redaktionelle Änderungen infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Zu Nr. 14:

Der Elternvertretung kommt bei der Gründung von Gemeinschaftsschulen eine große Bedeutung zu. Bei der Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen hat sie ein gewichtiges Wort mitzureden. Ohne die Eltern geht nichts und gegen die Eltern schon gleich gar nichts. Dies gilt insbesondere für die Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen. Hier muss die Elternvertretung der bestehenden Schule einverstanden sein.

Zu Nr. 15:

Die Schulfamilie in Form des Schulforums kann beschließen, dass eine bestehende Schule Gemeinschaftsschule werden soll. Das Schulforum muss sich mit dem Schulaufwandsträger ins Benehmen setzen und mit ihm das Prozedere besprechen.

Zu Nr. 16:

Der Landesschulbeirat soll sich in Zukunft mit den Anträgen auf Modellschulen in der Region befassen – analog zu seiner Befassung mit dem Ergebnis von Schulversuchen und MODUS-Schulen –, um Möglichkeiten zur Verbesserung des Schulsystems durch Modellschulen in der Region in Bayern insgesamt zu identifizieren.

Zu Nr. 17:

Redaktionelle Änderungen infolge der Einführung von Modellschulen in der Region in das Gesetz.

Zu Nr. 18:

Redaktionelle Änderungen infolge der Einführung von Modellschulen in der Region in das Gesetz.

Zu Nr. 19:

Neben der Einführung von Gemeinschaftsschulen sollen der Schulfamilie und den Schulaufwandsträgern vor Ort Möglichkeiten eingeräumt werden, Schulen zu gründen, die auf ihr örtlich angezeigtes Erfordernis zugeschnitten sind. Selbstverständlich setzt jede Schulgründung ein pädagogisches Konzept voraus.

Zu Nr. 20:

Redaktionelle Änderungen infolge der Einführung von Modellschulen in der Region in das Gesetz.

Zu Nr. 21:

Redaktionelle Änderungen infolge der Einführung der Gemeinschaftsschule in das Gesetz.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Eduard Nöth

Abg. Eva Gottstein

Abg. Thomas Gehring

Abg. Renate Will

Staatssekretär Dr. Marcel Huber

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/5764)**

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich bitte Herrn Pfaffmann ans Redepult.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen wieder einmal Schulpolitik. Wir bringen heute einen Gesetzentwurf ein, um erneut den Versuch zu unternehmen, die bayerische Schule sowohl bezüglich der Struktur als auch der Inhalte zukunftsfähig zu machen. Derzeit ist sie nicht zukunftsfähig. Ich hoffe, dass es uns vielleicht gelingt, alternativ zu der Schulstruktur, die wir in Bayern haben, eine Gemeinschaftsschule zu etablieren.

Ich werde Ihnen ein paar Zahlen nennen, die aus Ihren eigenen Veröffentlichungen stammen. Es handelt sich um Antworten auf Anfragen bzw. um Angaben im Bildungsbericht sowie in Äußerungen aus dem Kultusministerium.

Seit Einführung der R 6 hat die Hauptschule 85.500 Schülerinnen und Schüler verloren. Sie haben die Mittelschule eingeführt. Trotzdem sind die Anmeldungen ab dem Schuljahr 2010/11 um weitere 10.000 Schülerinnen und Schüler zurückgegangen.

Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren haben Sie 561 Hauptschulen geschlossen. Sie spielen sich in Bayern zwar gern als Retter der Hauptschule auf; derweil sind Sie aber das Gegenteil, nämlich der Totengräber der Hauptschule.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Hauptschulsterben hat nicht allein mit der demografischen Entwicklung zu tun, liebe Freunde von der CSU und der FDP, sondern auch mit Ihrer Untätigkeit. Es ist nicht so, dass diese Entwicklung nicht schon seit Jahren absehbar gewesen wäre. Es ist auch nicht so, dass man in diesem Hause nicht ausreichend darüber geredet hätte. Nein, Sie wollen aus ideologischen und parteipolitischen Gründen an Ihrer Schulstruktur festhalten. Das ist aber eine Schulstruktur von gestern. Sie nimmt in ganz Europa ab.

Ich werde Ihnen einige Gründe dafür nennen, warum wir eine Gemeinschaftsschule präferieren.

Das dreigliedrige Schulsystem ist ungerecht und unsozial. Das können Sie in Ihrem eigenen Bildungsbericht, den Sie offensichtlich nicht lesen wollen, nachlesen. Ich sage Ihnen das immer wieder, weil es die größte Ungerechtigkeit ist, die Sie jahrelang hinnehmen.

Akademikerkinder haben eine 4,3-mal höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen, als Facharbeiterkinder. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Das ist unsozial und ungerecht.

(Beifall bei der SPD)

Weiter bleiben Sie die Erklärung schuldig, warum es eine regional unterschiedliche Gerechtigkeit gibt. Im Landkreis München gehen 61 % aller Schülerinnen und Schüler auf ein Gymnasium. Im Landkreis Donau-Ries sind es 24,7 %. Wollen Sie mir erklären, dass die Schülerinnen und Schüler im Landkreis Donau-Ries dümmer sind als die im Landkreis München? Einen solchen Blödsinn können Sie sich selber erzählen, aber nicht diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD)

Während Ihre Regierungsbank und Sie selber im Land über die Frage der Integration herumschwadronieren, sind Sie selber das größte Integrationshemmnis, das das Land hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie verantworten die Tatsache, dass es eine Ungerechtigkeit und eine völlig klar feststellbare Benachteiligung der Familien mit Migrationshintergrund gibt. Das akzeptieren Sie seit Jahren. Parallel blasen Sie hier in die Luft, dass Sie Integration für wichtig halten.

Ich lese dies daran ab, dass 36,4 % aller deutschen Kinder, aber doppelt so viele Kinder mit Migrationshintergrund nach der Grundschule in die Hauptschule gehen. Wollen Sie auch hier sagen, dass die Migrationskinder halt dümmer sind und es deshalb nicht schaffen? Nein, das hat ganz andere Gründe: Sie selektieren gnadenlos nach Schulstruktur und Parteiräson, nicht nach den individuellen Möglichkeiten der Kinder. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Auch deswegen, Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen sie, um den Sortierauftrag, den Sie den Schulen geben, durch einen Auftrag für individuelle Förderung abzulösen. Das ist die Schule der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber sollten Sie endlich nachdenken.

Auch die FDP, der "größtmögliche Gegensatz zur CSU" - könnt ihr euch an die Plakate vor der Landtagswahl erinnern? -

(Tobias Thalhammer (FDP): Der deutlichste Kontrast!)

in schulpolitischen Fragen, ist mittlerweile keiner mehr. Sie sind der CSU assimiliert. Sie haben nichts mehr zu melden und nichts mehr zu sagen, und die Menschen wissen endlich, woran sie sind mit Ihrer Schulpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Aber wir haben mehr zu melden als Sie, Herr Pfaffmann!)

Ich will Ihnen, Herr Kultusminister - wo ist er? Ah, der Herr Staatssekretär -, noch einmal sagen: Ihre propagandistischen Äußerungen, die SPD wolle eine Einheitsschule, müssten Sie mir vielleicht einmal erklären. Sagen Sie mir endlich: Was ist eine Einheitsschule?

Wir jedenfalls verlangen keine Einheitsschule, wir verlangen eine Gemeinschaftsschule mit folgendem Inhalt: Wir wollen den Leistungsdruck in der Schule vermindern. Sie wissen ganz genau, dass wir eine Schule der Angst haben, für die Sie verantwortlich sind. Sie wissen genau, dass die Schule, die Sie unterstützen, krank macht. Sie wissen, dass es einen Notendruck gibt, dass Nachhilfe mittlerweile in der Schule völlig unverzichtbar ist. Sie wissen, dass jedes dritte Kind in der Grundschule bereits nur noch mit Nachhilfe durchkommt. Das alles wollen wir nicht.

Wir wollen auch den Unterricht nicht in die Elternhäuser verlagern, wo nur diejenigen das alles noch schultern können, die sich das auch leisten können. Und wir wollen auch nicht den massiven Zulauf in die Privatschulen, sondern wir wollen ein starkes öffentliches Schulsystem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass sich auch Bayern endlich an die internationale Schulentwicklung angleicht. Der sind Sie meilenweit hinterher.

(Zuruf von der CSU)

Eines ist doch interessant zu beobachten, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn in Deutschland oder in Bayern eine Schule einen Schulpreis bekommt, dann sitzen die Konservativen immer in der ersten Reihe und klatschen Beifall und loben diese Schule über den grünen Klee.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Dass aber jeder Schule, die einen Schulpreis bekommt, der Sie Beifall klatschen, kein dreigliedriges Schulsystem zugrunde liegt, sondern eine Ganztagschule mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit mit individueller Förderung, das sagen Sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Deshalb sind Sie in schulpolitischen Fragen die Heuchler vor dem Herrn. Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir bieten in einer Gemeinschaftsschule ein echtes differenziertes Bildungsangebot auch für kleine Schulstandorte an, weil es gelingt, mit einer Gemeinschaftsschule dieser Ausprägung auch kleine Schulstandorte zu erhalten. Ich bin sehr gespannt, Kolleginnen und Kollegen, wie Sie das in den Ausschüssen diskutieren wollen.

(Eberhard Sinner (CSU): Bremen!)

Zum Schluss: Wir beantragen nicht die Abschaffung der Gymnasien, der Hauptschulen - Sie nennen sie heute Mittelschulen, aber im Prinzip ist es nichts anderes. Wir beantragen auch nicht die Abschaffung der Realschulen - das wissen Sie, wenn Sie unseren Gesetzentwurf aufmerksam gelesen haben -, sondern wir beantragen, dass Eltern eine Alternative zu der Schule haben, die sie wollen, für eine moderne Schule der Zukunft mit individueller Förderung, also eine Ergänzung.

Wenn Sie weiterhin behaupten, wir wollten Gymnasien abschaffen, dann lügen Sie die Menschen an. Das ist nicht der Fall. Aber wenn Sie noch nicht einmal in der Lage

sind, Modellschulen zuzulassen, nicht gezwungen, sondern wo Eltern und Gemeinden dies wünschen, dann zeigt das nur eines: Sie wollen einfach nicht. Das ist schade und schlecht für Bayerns Eltern, Lehrer und Schüler, weil sie damit in der Schul- und Bildungspolitik der Steinzeit stehen bleiben.

Ich weiß auch warum, Kolleginnen und Kollegen. Sie sind in Ihrer eigenen Falle angekommen. Wer zehn Jahre lang den Menschen verkündet: Wir sind die Besten und die Größten, der kann nach zehn Jahren nicht zugeben, dass er zehn Jahre lang einen Fehler gemacht hat. Das ist das Problem, das Sie politisch haben.

Ich hoffe, dass wir in den Ausschüssen die Möglichkeit haben, darüber konstruktiv zu diskutieren, und ich bitte Sie ganz herzlich: Haben Sie endlich ein Einsehen mit den Eltern, mit den Lehrern und mit den Schülern in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Freien Wähler)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Der verwendeten Redezeit entnehme ich, dass Sie Begründung und Aussprache zusammengefasst haben. Ich rufe deswegen zur weiteren Aussprache auf und bitte Herrn Nöth für die CSU nach vorne.

(Alexander König (CSU): Das war gut, Frau Präsidentin!)

- Es war nicht angekündigt, dann musste ich interpretieren.

Eduard Nöth (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Die SPD hat mit diesem Gesetzentwurf buchstäblich die Katze aus dem Sack gelassen und ihr "Modell der Zukunft" kreierte. Sie fordert mit dem Gesetzentwurf die Einführung der Gemeinschaftsschule und setzt - da bin ich mir sicher - mit diesem Modell auf einen Lösungsansatz, der bisher in Deutschland überall dort, wo mit der Gemeinschaftsschule gearbeitet wurde, kläglich gescheitert ist.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Sie haben im Übrigen sehr lange gebraucht, Herr Pfaffmann, bis Sie diesen Gesetzentwurf auf den Tisch gebracht haben. Sie haben darüber diskutiert. Sie waren zunächst für die sechsjährige gemeinsame Schulzeit, dann für die achtjährige. Dann kam aus Berlin der Wink für die zehnjährige gemeinsame Schulzeit. Wenn ich jetzt Ihren Gesetzentwurf genau anschau, dann erinnert er mich in vielen Bereichen an den Entwurf des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, nämlich an die sogenannte Regionalschule.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir lehnen diesen Gesetzentwurf natürlich ab.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ihr werdet auch noch draufkommen!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass für eine weitere Schulart in Bayern derzeit absolut kein Bedürfnis besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ja, toll!)

Wir vertrauen weiterhin auf unser bewährtes, leistungsfähiges, vielfältiges und durchlässiges Schulwesen, das natürlich kontinuierlich verbessert werden muss. Deshalb brauchen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine neue Schulstrukturdebatte. Wir müssen uns vielmehr über Qualität und Gerechtigkeit unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Unseren bayerischen Schulen werden in allen nationalen und internationalen Vergleichen enorme Leistungsfähigkeit, hohe Durchlässigkeit, große Bildungsgerechtigkeit und, was wichtig ist, stets wiederkehrende Chancen zugeschrieben.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, wären wir im Grunde genommen alle auf den Kopf gefallen, wenn wir in dieser Situation einen Systemwechsel in Bayern durchführen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gemeinschaftsschule, die Einheits- oder die Gesamtschule mit den neu aufzubauenden Oberstufenzentren, wie es in diesem Gesetzentwurf zu lesen ist,

(Harald Güller (SPD): Jetzt geht's aber tief in die Mottenkiste!)

führt nach unserer Meinung zu massenhafter Ungerechtigkeit und bei Schülerinnen und Schülern, aber vor allem bei Eltern zu Enttäuschungen. Ihr Modell, Herr Pfaffmann, gaukelt Lösungen vor, die nie im Leben einzuhalten sind. Wenn man Ihren Gesetzentwurf und vor allem die Begründung dazu liest, wähnt man sich fast im bildungspolitischen Paradies.

(Harald Güller (SPD): Eben!)

Jedem wird alles recht gemacht.

Ich möchte Ihnen auch in der anderen Frage deutlich sagen: Wir sehen selbstverständlich in der Einführung der Gemeinschaftsschule einen massiven Angriff auf das bayerische Gymnasium und natürlich auch auf die erfolgreiche bayerische Realschule. Deshalb ist das, was Sie vorschlagen, mit uns nicht zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gemeinschaftsschule führt nachweislich nicht zu mehr Bildungsgerechtigkeit,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

aber zu deutlich geringerer Leistungsfähigkeit.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ach was!)

Das kann meines Erachtens nicht unser Ziel sein. Die Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit benachteiligt sowohl die leistungsstärkeren als auch die leistungsschwächeren Schüler. Auch das ist wissenschaftlich eindeutig belegt, Herr Pfaffmann. Wir stellen fest, dass Bayern aufgrund seines Bildungssystems von allen Bundesländern den höchsten Anteil an Spitzenschülern hat, aber auch den geringsten Anteil an Risikoschülern. Auch das dürfte Ihnen bekannt sein.

Um auf Ihr Modell einzugehen: Sie wissen, dass seit diesem Schuljahr die bayerische Mittelschule besteht. Mehr als zwei Drittel unserer 1.000 Hauptschulen haben sich auf den Weg gemacht. Sie bieten das an, was Sie im Grunde fordern, nämlich den mittleren Bildungsabschluss. Sie wissen auch, dass rund 20 % unserer Mittelschüler diesen mittleren Bildungsabschluss machen und in den weiterführenden Schulen Chancen haben.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend darf ich sagen: Die Gemeinschaftsschule, wie Sie sie fordern, bietet in der Praxis keinen Mehrwert und wird deshalb von uns abgelehnt.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend möchte ich unserem Kultusminister Dank aussprechen, der als derzeitiger KMK-Vorsitzender mit seiner Kollegin aus Baden-Württemberg und seinem Kollegen aus Sachsen ein sehr interessantes Papier verfasst hat.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Das bitte ich Sie, einmal zu lesen, Herr Pfaffmann.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kommen Sie bitte zum Ende.

Eduard Nöth (CSU): Wir werden uns sicherlich auch bei der Bildungsdebatte über diese Frage unterhalten. Jedenfalls sind die zwölf Thesen, die er mit seinen Kollegen

unterschrieben hat, notwendig gewesen. Es ist klar erkannt und gezeigt worden, wohin der Weg auch in den südlichen Ländern geht. Ich hoffe und vertraue darauf -

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kommen Sie bitte zum Ende.

Eduard Nöth (CSU): - dass wir Ihren Vorschlag intensiv beraten, uns aber mit unseren Vorschlägen durchsetzen werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke. - Für die Fraktion der Freien Wähler bitte ich Frau Gottstein nach vorne. Ich bitte, auf die Redezeiten zu achten. Danke.

Eva Gottstein (FW): Sehr verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß weder von Herrn Nöth noch von Herrn Pfaffmann, woher sie die eindeutigen Erkenntnisse haben, dass die eine Schule besser sei als die andere. Alle Untersuchungen aus der letzten Zeit sagen ganz klar: Das Entscheidende ist nicht die Schulstruktur, sondern die Unterrichtsqualität, und diese ist abhängig von der Ausbildung und Motivation, von den Lehrern, von der Klassengröße und vom Input, aber nicht davon, wie die Schule organisiert ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dabei handelt es sich wieder einmal von vornherein um eine Ideologiedebatte, die wir nicht nötig haben.

Wir haben die Debatte auch aus einem anderen Grund nicht nötig: Laut "Eichstätter Kurier" - das ist eine etwas kleinere Zeitung - vom 22. Oktober erklärte Frau Schreyer-Stäblein, dass dieses Modell heute hier keine Mehrheit haben werde, weil Herr Ludwig Spaenle sich wiederholt explizit gegen ein Modell, wie hier vorgeschlagen, ausgesprochen habe; deswegen werde es im Landtag natürlich keine Mehrheit finden. Soviel zum Ansehen dieses Hauses. Wir brauchen eigentlich nicht zu debattieren; denn Herr

Spaenle hat bereits gesprochen, die Mehrheit hat gesprochen, alles andere ist für die Katz. Ich sage das, damit wir uns darüber im Klaren sind.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die FDP-Fraktion wird diesen Vorschlag einer Modellschule ablehnen, aber nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil sie es, jedenfalls laut dieser Pressemitteilung, schlichtweg nicht verstanden hat. Es sei eine einheitliche Schulart, steht dort, aber in dem Zusammenhang sei überhaupt keine Rede von Lehreraus- und -fortbildung. Anscheinend haben Sie übersehen, dass in dem Gesetzentwurf ganz klar steht, dass dort die Lehrer aller Schularten unterrichten sollen. Des Weiteren sagen Sie, diese Schule sei unmöglich, weil nach dem Lehrplan des Gymnasiums unterrichtet werde. Das stimmt auch nicht. Laut Gesetzentwurf wird jeder Schüler nach einem individuellen Lehrplan unterrichtet. Ich weiß also nicht, welchen Gesetzentwurf Sie gelesen haben. Ferner heißt es, das werde gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt und man nehme die Schulfamilien nicht mit. Das stimmt natürlich auch nicht; denn in dem Vorschlag ist explizit vermerkt, dass die freiwillige Entscheidung der Schulfamilie vorliegen muss, dass sowohl der Schulträger als auch die Schulfamilie das beantragen müssen und dass es nicht von oben angeordnet werden kann. Sachargumente bringen Sie seitens der FDP-Fraktion nicht, nur Argumente, die so nicht drinstehen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Eigentlich müsste die CSU-Fraktion zustimmen, nachdem der Kultusminister als Vorsitzender der Kultusministerkonferenz neulich ein 12-Punkte-Programm herausgegeben hat, Er sagt nämlich ganz deutlich: Bildungsgerechtigkeit fordert Vielfalt. Nichts anderes fordert dieser Gesetzentwurf, nämlich die Zulassung eines Modellversuchs, nicht ein etwas besseres oder schlechteres Modell. So interpretieren wir es jedenfalls.

Wir werden in dem Fall zustimmen, aber nicht, weil wir meinen, das eine sei schlechter als das andere, sondern weil ein Modellversuch für eine regionale Schulentwicklung verlangt wird. Es gibt zwei Dörfer - Herr Schneider ist nicht mehr anwesend, aber

der Herr Ministerpräsident Seehofer kennt diese beiden Dörfer auch, weil sie aus meinem Landkreis und Ihrem Nachbarlandkreis sind -, die das wollen, die Geld in die Hand nehmen, um einen Experten zu beauftragen, etwas zu entwickeln. Das dann nicht zuzulassen, weil man anscheinend Angst davor hat, dass das dreigliedrige Schulsystem vor die Hunde gehen könnte, ist überhaupt nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Mittlerweile sind Sie meiner Meinung nach unglaublich in Ihrer Zustimmung zum vielgliedrigen Schulsystem. Bleiben Sie doch dabei, aber lösen Sie nicht die Übertrittsbedingungen auf wie geschehen. Schauen Sie doch bitte einmal, was draußen los ist. Stehen Sie bitte zu einer ordentlichen Gelenkklasse, anstatt ein Lippenbekenntnis abzugeben. Und stehen Sie dazu, dass Schule mehr Personal braucht, haben Sie keine Angst vor einem Schulversuch, der vielleicht zeigen kann, wie es geht. Sie bleiben auf einem "So geht es nicht!" stehen, anstatt nach dem Motto zu handeln: Sollen die es doch einmal zeigen, ob es geht.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Ich bin sicherlich nicht unbedingt der Überzeugung, dass das funktioniert, aber die Chance muss man einer Schulfamilie, einem Schulträger vor Ort geben. Davor sollten Sie sich nicht wie Betonköpfe verschließen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Gottstein. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als GRÜNE begrüßen diesen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion. Wir werden ihm zustimmen.

Man kann die Diskussion über Gemeinschaftsschule unter verschiedenen Aspekten führen. Ich möchte fünf nennen.

Erstens, das ist der wichtige Aspekt: Wie gestalten wir Schulpolitik so, dass individuelle Förderung der Kinder möglich ist - individuelle Förderung, die von der Unterschiedlichkeit der Kinder ausgeht und zu einer Pädagogik führt, die die Unterschiedlichkeit der Kinder als Chance für einen guten Unterricht sieht? - Wir sind nicht dazu da, den Lehrerinnen und Lehrern zu sagen, wie sie zu unterrichten haben, ob wir ehemalige Lehrer sind oder nicht. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, darüber zu reden, wie die Rahmenbedingungen und Schulstrukturen aussehen müssen, damit dieser gute, moderne Unterricht möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei geht es neben den Größen der Klassen auch um die Schulstrukturen. Haben wir eine Schulstruktur wie eben in Bayern, die vor allem Schülerinnen und Schüler zuweist, die Schülerinnen und Schüler sortiert, die vorgibt, wer Realschüler, wer Hauptschüler, wer Gymnasialschüler ist und wer es eben nicht ist, wer Förderschüler ist? Die Botschaft, die dieses Schulsystem an die Schülerinnen und Schüler ausstrahlt, lautet: Du gehörst nicht dazu, du gehörst nicht zu uns! - Wir brauchen aber eine Schule, in der alle mitkommen, in der alle ernst genommen werden in ihrer Unterschiedlichkeit und ihren Stärken.

Wir reden in diesem Haus mit großer Ernsthaftigkeit über das Thema Inklusion. Aber soviel muss schon gesagt sein: Ein Schulsystem, das Schülerinnen und Schüler in der Regel anderen Schularten zuweist, macht den Gedanken der Inklusion sehr schwer.

Zweitens. Wir müssen uns überlegen, welche Folgen unser gegliedertes Schulsystem nach sich zieht. In diesem Zusammenhang ist das, was wir in den Grundschulen, in den Klassen drei und vier erleben, einfach beschämend und katastrophal. Wir erleben ungeheueren Druck auf Schülerinnen und Schüler, auf Eltern, auf Lehrer. Wir erleben, dass die Grundschule mit ihrer guten Pädagogik - und die Grundschule ist die beste

Schulart, die wir haben, auch im internationalen Vergleich - aufgrund des Übertrittsdrucks, der durch dieses gegliederte Schulsystem zustande kommt, nicht arbeiten kann.

Der dritte Aspekt - da müssten auch die Nicht-Bildungspolitiker zuhören, vor allem die Kommunalpolitiker - ist der demografische Wandel, den wir in diesem Land mit einem starken Rückgang der Schülerzahlen in einigen Regionen Bayerns haben. Diesbezüglich stellt sich die Frage: Kann ein gegliedertes Schulsystem mit verschiedenen Standorten wohnortnah überhaupt noch aufrechterhalten werden oder müssen wir nicht neue, integrative Lösungen finden, wo wir den Kindern wohnortnah ein gutes, umfangreiches Schulangebot machen können? Schauen Sie sich das in den etwas dünner besiedelten skandinavischen Ländern an. Sie haben es gemacht.

Der vierte Punkt ist - ich habe den Eindruck, dass dieses Thema unseren Kultusminister besonders umtreibt - die Absicht, aus dieser Schulstrukturdebatte eine ideologische Debatte zu machen. Mit dieser Losung "Individuelle Förderung gegen Einheitschule!" führt er eine ideologische Debatte. Da spricht nicht der Bildungspolitiker Spaenle, sondern da spricht vor allem der CSU-Strategie Spaenle. Denn da wird das gegliederte Schulsystem noch als eine der letzten Residuen der Ideologie der CSU, eine der letzten Kernbotschaften erhalten; damit glaubt er jetzt, sich profilieren zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin kein Berater der CSU. Deswegen brauche ich Ihnen nicht zu sagen, dass diese Strategie nicht aufgehen wird. Aber sie schadet natürlich der pädagogischen Debatte massiv. Das machen Sie in einer Situation, in der wir immer mehr über eine Gesellschaft reden, die sich aufspaltet, in der Parallelgesellschaften entstehen, in der das, was diese Gesellschaft zusammenhält, immer schwieriger zusammenzuhalten sein wird, und in der unterschiedliche Milieus entstehen. Wir haben eine geteilte Schullandschaft, wir haben eine geteilte Gesellschaft, und wir haben eine geteilte Bildungswelt.

Lesen Sie einmal den Artikel der Schriftstellerin Mirijam Günter, der kürzlich in der "Süddeutschen Zeitung" erschienen ist.

Wir begrüßen, dass die SPD diesen Antrag gestellt hat, und wir begrüßen, dass die SPD jetzt eine Linie gefunden hat, nach diesem Hin und Her mit sechsjähriger Grundschule und geteiltem System jetzt zur Gemeinschaftsschule zu finden. Das finden wir gut. Wir begrüßen, dass es hierbei vor allem um die dezentralen Lösungen geht. Das hat auch Frau Gottstein angesprochen. Wenn es in Bayern so toll ist, wenn das Schulsystem und die Schulen die Konkurrenz nicht fürchten müssen und wenn wir die kommunale Ebene ernst nehmen, dann müssen wir auch andere Schulmodelle vor Ort zulassen und können damit auch leben, wenn das alles so gut ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir GRÜNE können damit leben und werden dies im Jahr 2013 umsetzen, wenn wir mit der SPD regieren. Ich habe gehört, der Fraktionsvorsitzende könne sich das vorstellen,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

vielleicht auch mit den Freien Wählern.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Gehring. - Für die FDP bitte ich Frau Will an das Redepult.

Renate Will (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann haben Sie sicher auch das nötige Geld dazu, können die gesamte Schulstruktur total ändern und die entsprechende Anzahl von Lehrern einstellen.

Ich möchte Ihnen herzlich für die Einbringung dieses Gesetzentwurfs danken, denn diese Debatte gibt mir Gelegenheit, Ihre doch sehr realitätsfernen Vorstellungen ein wenig gerade zu rücken.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Fakt ist: Die bayerischen Eltern wollen die Gemeinschaftsschule nicht.

(Zurufe von der SPD)

Die Eltern wollen keine ideologisch geprägte Strukturdebatte. Sie kostet Zeit, Kraft und Nerven aller Beteiligten.

(Zurufe von der SPD: Wir machen Vorschläge und die bringen wir ein!)

Ich sage Ihnen, was die Eltern und Schüler aus vollstem Herzen wünschen: Sie wünschen sich einen verlässlichen Rahmen, damit die Kinder in Ruhe lernen können.

Ehrlich gesagt, ich war enttäuscht von Ihrem Gesetzentwurf. Was Sie als Modell der Gemeinschaftsschule propagieren, ist in Wahrheit eine Neuauflage der integrierten Gesamtschule. Leistung wird bei Ihnen beliebig. Sie wollen die Schule zu einem Schonraum machen,

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

bei dem die Kinder erst am Ende ihrer Schulzeit wissen, was sie wirklich können. Diese Form von Pädagogik, sehr geehrter Herr Pfaffmann, hat längst ausgedient.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Zurufe des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dies belegen zahlreiche Studien. Kinder wollen sich mit anderen messen, und das nicht nur im Sport.

Bei der heutigen Ersten Lesung kann ich nur auf einige handwerkliche Fehler hinweisen: Erstens. Sie planen ein pädagogisches Konzept ohne die Pädagogen. Zweitens. Sie fordern von der 1. bis zur 10. Klasse jahrgangsgemischte Gruppen. Drittens. Sie machen das gymnasiale Lernangebot - und das stimmt, Frau Gottstein - zum Standard für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von deren Begabung und Leistungsfähigkeit.

(Zurufe von der SPD)

Und das, meine Damen und Herren, ist der schwerwiegendste handwerkliche Fehler aus pädagogischer Sicht.

Es gibt nichts Ungerechteres als Ungleiche gleich zu behandeln.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarren!)

Sie haben sich aus allen möglichen pädagogischen Konzepten herausgepickt, was am besten zu Ihrer Bildungsidylle passt. Das ist ein bunter Flickenteppich.

(Zuruf von der SPD)

Hübsch anzusehen ist dieser Flickenteppich, aber von schlechter Qualität. Ich nehme es deshalb vorweg: Wir werden Ihren Gesetzentwurf ablehnen,

(Zuruf von der SPD: Überraschung! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

denn er ist Flickschusterei. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich will nicht alles schlechtreden.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

In der Problembeschreibung sind Sie auf dem richtigen Weg.

(Harald Güller (SPD): Oh! Danke!)

Wir haben ein verändertes Übertrittsverhalten und es gibt den demografischen Wandel. Diese Faktoren wirken sich in jeder Region anders aus, in den Städten anders als auf dem flachen Land. Darauf müssen wir reagieren. Zweifelsfrei brauchen wir eine regionale Schulentwicklung. Wir brauchen pragmatische Lösungen,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

um die Schulen im Dorf zu behalten.

(Zuruf von der SPD: Wie sehen die aus?)

Unser Kooperationsmodell aus Haupt- bzw. Mittelschule und Realschule unter einem Dach ist da eine gute Chance für viele Kommunen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Eines ist klar: Die Nachfrage steigt. Aktuell wird es an 17 Schulen erprobt, wissenschaftlich begleitet und weiterentwickelt. Dieses Kooperationsmodell mit einer vertieften Zusammenarbeit der Schularten ist für mich die Schule der Zukunft: wohnortnah, passgenau und als Ganztagschule konzipiert. Die Schülerinnen und Schüler können dort sowohl den Hauptschulabschluss, den Quali als auch die Mittlere Reife auf Realschulniveau erwerben. Somit ist der Anschluss an FOS und BOS sichergestellt. Damit wird der großen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nach qualifizierten jungen Menschen Rechnung getragen.

(Zurufe von der SPD)

Um die Qualität unserer Schulen weiter zu sichern, ist unser Konzept der eigenverantwortlichen Schule grundlegend. Es ist bereits beschlossen.

Für die Umsetzung brauchen wir keine Strukturveränderungen. Vielmehr brauchen wir ein Schulentwicklungsprogramm mit Zielvereinbarungen und eine zeitgemäße Führungsstruktur.

Das sind nur zwei Bausteine von vielen anderen für bessere Schulen. Die eigenverantwortliche Schule ist der Schlüssel zur weiteren Qualitätsentwicklung, denn für alle Schulen im Land gilt: Qualität, Qualität, Qualität!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Will. - Herr Pfaffmann möchte eine Zwischenintervention machen. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich möchte wissen, warum die FDP gegen diesen Entwurf argumentiert, während sie noch vor drei Jahren den Wählerinnen und Wählern diesen pädagogischen Entwurf versprochen hat. Das ist meine erste Feststellung.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Frau Will, teilen Sie nicht die Auffassung, dass wir bereits eine Gemeinschaftsschule haben, nämlich die Grundschule? Grundschule differenziert nicht, sie teilt nicht auf, sie unterrichtet alle Kinder und sie hat die besten Ergebnisse in allen Untersuchungen. Sie ist eine Gemeinschaftsschule.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Können Sie mir erklären, warum plötzlich nach der Grundschule eine Gemeinschaftsschule nicht mehr sein darf, die aber für die ersten vier Jahre die beste Schule ist und bei der alle in die Hände klatschen? Diese Erklärung hätte ich gerne von Ihnen.

Zum Sachsen-Papier: Ist Ihnen bekannt, dass das Bundesland Sachsen, mit dem unser bayerischer Minister eine Vereinbarung abgeschlossen hat, gar kein dreigliedriges Schulsystem hat? Die Absurdität dieses Verfahrens liegt doch auf der Hand. Gerade Sachsen hat, zugegebenermaßen nach der Grundschule, eine gemeinsame Schule bis zum Abschluss. Realschule und Hauptschule sind dort zusammengefasst. Mit diesem Land schließen wir eine Vereinbarung und sagen, dass wir das dreigliedri-

ge Schulsystem hochhalten. Klären Sie einmal diese Absurdität innerhalb Ihrer Regierung.

Ich würde Sie bitten, Herrn Kollegen Nöth zu sagen, dass er uns hier nichts erzählen soll, was nicht stimmt. Er hat gesagt, wir hätten mehr als 1.000 Mittelschulen. Lieber Herr Kollege Nöth, wir haben gar nicht so viele Hauptschulen. Wir haben 990 Schulen, von denen nur 587 Mittelschulen sind. Das entspricht der Hälfte der Zahl, die Sie hier verbreitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Renate Will (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben vorhin applaudiert, als Herr Pfaffmann sagte, was die FDP vor drei Jahren versprochen habe. Das stimmt aber überhaupt nicht. Sie müssen schon bei der Wahrheit bleiben. Sie applaudieren für etwas, was Sie möglicherweise gar nicht wissen. Wir haben vor drei Jahren von einer regionalen Schulentwicklung gesprochen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Darf ich Ihnen Ihr Parteiprogramm vorlesen?)

Wir haben über den demografischen Wandel und die abnehmende Schülerzahl an den Hauptschulen gesprochen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie lügen! - Thomas Kreuzer (CSU): Hören Sie doch auf, Herr Pfaffmann!)

- Jetzt hören Sie aber auf. Danke für die Schützenhilfe, Herr Kollege Kreuzer.

Wir haben gesagt, dass es im Rahmen einer regionalen Schulentwicklung möglich sein muss, Haupt- und Realschulen dort, wo dies gewünscht wird, zusammenzulegen. Das bedeutet aber nicht, dass wir grundsätzlich gegen das Gymnasium, gegen die bestehenden Realschulen oder gegen deren Abschlüsse sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch nicht!)

Wir würden niemals von oben herab eine Schulart oder eine Struktur vorschreiben und den Leuten draußen sagen: Macht mal. Diese Strukturen müssen wachsen und sich entwickeln. Das müssen wir zulassen. Dazu stehe ich heute noch.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Darf ich Ihnen Ihr Parteiprogramm vorlesen?)

- Lesen Sie mir das Parteiprogramm später vor.

Selbstverständlich weiß ich, dass es in Sachsen ein zweigliedriges Schulsystem gibt. Dort gab es noch nie eine Hauptschule, sondern schon immer eine Mittelschule, die sowohl den Qualifizierenden Hauptschulabschluss als auch den mittleren Schulabschluss auf KMK-Niveau anbietet. Dieser mittlere Schulabschluss entspricht nicht dem Realschulabschluss. Wir wollen aber eine höhere Qualität, weil der Anschluss an die FOS oder die BOS besser funktioniert, wenn ein Schüler den Realschulabschluss hat.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die zwei Minuten sind um.

Renate Will (FDP): Wir haben eine hervorragende Grundschule. Ich hoffe, dass wir mit dem Modell der Flexibilität weiterkommen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die zwei Minuten sind wirklich um. Bleiben Sie aber bitte trotzdem am Pult. Es gibt noch viele zwei Minuten.

Noch eine kurze Anmerkung meinerseits: Ich denke, dass wir genügend Inhalt haben und deshalb nicht mit persönlichen Bezeichnungen arbeiten müssen. Ich erteile Frau Kollegin Gottstein für eine weitere Zwischenbemerkung das Wort.

Eva Gottstein (FW): Frau Kollegin Will, warum vermeiden Sie es im Zusammenhang mit den Kooperationsmodellen immer, den Personalaufwand dafür zu nennen? In der Hauptschule am Gotzinger Platz funktioniert es nur deshalb, weil von drei neunten Hauptschulklassen acht Schülerinnen und Schüler herausgenommen wurden, die für den mittleren Schulabschluss geeignet sind. Aus drei neunten Klassen an der Realschule wurden acht Schülerinnen und Schüler herausgenommen, die sonst als exter-

ne Schüler eventuell den Quali nicht geschafft hätten. Mit diesen wurde eine Klasse mit 16 Schülern gebildet. Fürchten Sie sich vor dem Gegenargument, dass es funktionieren würde, wenn jeder Hauptschule und jeder Realschule ein solcher Lehrerstamm zugestanden würde? Ihre Kooperationsmodelle funktionieren nur, weil sie extrem viel Personal hineingesteckt haben. Haben Sie Angst, das zuzugeben?

Renate Will (FDP): Ich habe überhaupt keine Angst. Wir stecken nicht extrem viel Personal in diese Modelle. Vielmehr funktionieren die Kooperationsmodelle sehr unterschiedlich. Sie werden wissenschaftlich begleitet und weiterentwickelt. Jedes Kooperationsmodell funktioniert anders. Von 17 Kooperationsmodellen habe ich inzwischen sechs besucht. Davon war eins am Gotzinger Platz. Diese Schulen haben den gleichen Personalbedarf wie jede normale Realschule oder eine Haupt- und Mittelschule plus Gelenkklassen. Diese Schulen bekommen kein zusätzliches Personal, außer sie haben einen Ganztagszug. Dann erhalten die Realschulen acht Lehrerstunden. Hier geht es um Kooperation.

Deshalb sage ich, dass solche Modelle wachsen müssen. Wichtig ist, dass sie wissenschaftlich begleitet werden. Damit haben sie auch eine Zukunft. Man kann solche Modelle nicht verordnen und den Leuten sagen: Macht mal. Vogel friss oder stirb. Das widerstrebt mir.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb darf ich jetzt für die Staatsregierung Herrn Staatssekretär Dr. Huber ans Mikrofon bitten.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass wir uns in einem ganz normalen Gesetzgebungsverfahren befinden und der Minister in keiner Weise versucht, durch seine Auskunft ein vorzeitiges Ende herbeizureden. Es steht ihm wohl zu, eine Meinung zu haben. Heute findet die Erste Lesung statt. Sie versuchen erneut, Ihre Ge-

danken für eine neue Gestaltung der Schulen darzulegen. Wahrscheinlich ist das bei Ihnen eine Wiedervorlage.

Diese Erste Lesung dient nicht dazu, dass wir uns in Details verlieren. Über die Details werden wir uns in der Ausschussberatung ausführlich austauschen können.

Ich möchte nur ein paar Anmerkungen machen, die mir in dieser Debatte wichtig sind, zunächst zum Vorwurf der "Betonkopfpolitik". Sie wissen, dass Herr Staatsminister Dr. Spaenle und ich vor zwei Jahren mit einer neuen Aufgabe betraut worden sind. Wir haben uns sehr genau überlegt, ob wir am bestehenden System festhalten sollten oder ob an den Argumenten, die Sie immer wieder vorbringen, etwas dran ist, was wir aufgreifen und übernehmen sollten.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir es nur schaffen, den einzelnen Talenten, Begabungen und Interessen der Kinder gerecht zu werden, wenn wir ihnen ein differenziertes Angebot machen, je nach Schulprofil, für das das Kind geeignet ist. Die Vielfalt des Angebots ist unsere Antwort auf die Forderung, der Vielfalt der Begabungen und der Herkunft der jungen Menschen gerecht zu werden.

Sie haben von einer ideologischen Debatte gesprochen. Deshalb möchte ich auf Ihre ideologische Wortwahl eingehen. Was wir als vielfältiges und individuelles Angebot bezeichnen, versuchen Sie, als Sortieren zu diskreditieren. Was wir als Qualität und Leistung bezeichnen, bezeichnen Sie als ungerechtfertigten Druck, den die Schule auf die Kinder ausübe. Irgendwann kommt es auf der Welt dazu, dass die Frage gestellt wird: Kind, kannst du was? Diese Frage wird zum Beispiel an der Universität oder beim Berufsabschluss gestellt, wo der junge Mensch dokumentieren muss, was er kann. Ich weise Ihre ideologischen Darstellungen zurück.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben einen eleganten Schachzug gemacht, indem Sie suggerierten, Sie hätten mit Ihrem System eine Lösung dafür, wie kleinste Schulen erhalten werden könnten.

Dafür haben Sie von den Freien Wählern Unterstützung erhalten. Sie haben gesagt, die Kinder sollten vor Ort länger beisammen bleiben. Ich muss Ihnen sagen, dass Sie damit ein Traumbild aufbauen. Es ist nicht möglich, in einer Mikroschule diese differenzierten Angebote zu machen, die die jungen Leute bekommen, wenn sie die verschiedenen Schulen mit ihren Profilen besuchen. Wenn das Kind im Mittelpunkt steht, muss auch das differenzierte individuelle Angebot im Mittelpunkt stehen. Deswegen brauchen wir eine Konstruktion, um diese Differenzierung auch in der Fläche darzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Die Zerfledderung, die entstehen würde, wenn wir vor Ort alle möglichen Ideen der Schulgestaltung zulassen würden, steht in direktem Gegensatz zu dem, was ich bei jeder Versammlung zu hören bekomme, bei der sich Lehrer, aber auch Eltern zu Wort melden. Die Leute wollen Kontinuität und Verlässlichkeit. Sie wollen nicht ständig neue Schulmodelle. Sie wollen eine Schule, die sich entwickeln kann, an der man Verbesserungen vornimmt, die in die Zukunft gerichtet sind, aber sie wollen nicht ständig neue Schulversuche und neue, ganz andere Schulen.

(Widerspruch des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wenn die jungen Leute oder die Eltern die richtige Schulartwahl treffen wollen, haben sie oft das Problem, dass sie gar nicht mehr überblicken können, welche differenzierten Möglichkeiten unser durchlässiges Schulsystem bietet.

(Widerspruch der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

Dieses vielfältige Angebot schlägt sich in vielen Bildungsbiographien aus Bayern, die alle hochinteressant sind, nieder. 42 % der Hochschulzugangsberechtigten können zur Hochschule, ohne am Gymnasium das Abitur abgelegt zu haben. Das zeigt doch, dass wir auf dem richtigen Weg sind, möglichst vielen jungen Leuten den Weg zur Hochschule zu ebnen. Sie werfen uns vor, dass wir zehn Jahre lang einen Fehler ge-

macht haben. Diesen Fehler geben wir nicht zu, denn seit zehn Jahren sind es die Menschen gewohnt, dass wir bei allen Tests deutschlandweit am besten abschneiden. Mit der "Steinzeitschule", wie Sie sie immer bezeichnen, sind wir auf dem richtigen Weg, weshalb wir es den Menschen nicht zumuten wollen, dieses System zu gefährden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zu diesem Tagesordnungspunkt haben wir keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Deswegen können wir die Aussprache schließen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Damit besteht sicher Einverständnis. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Bevor wir weiterfahren, gebe ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hacker, Rohde, Dr. Fischer und anderer und Fraktion (FDP) und der Abgeordneten Georg Schmid, Kreuzer, Meißner und Fraktion (CSU) betreffend Weiterentwicklung des Kommunalwahlrechts, Drucksache 16/6109, bekannt. Mit Ja haben 86 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

**Gesetzentwurf der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Martin Güll u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 16/5764

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Güll**
Mitberichterstatter: **Eduard Nöth**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit und der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 55. Sitzung am 27. Oktober 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 58. Sitzung am 30. November 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 142. Sitzung am 30. November 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Gesetzentwurf in seiner 70. Sitzung am 1. Dezember 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 57. Sitzung am 1. Dezember 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
7. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 66. Sitzung am 8. Dezember 2011 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll, Karin Pranghofer, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Drs. 16/5764, 16/10641

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Martin Güll

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Georg Eisenreich

Abg. Günther Felbinger

Abg. Thomas Gehring

Abg. Renate Will

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Eduard Nöth

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Präsidentin Barbara Stamm: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/5764)**

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Für die SPD-Fraktion darf ich dem Kollegen Güll das Wort erteilen.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Minister! Ich beginne mit einem Zitat unseres Herrn Ministers. Es sind Ausführungen, die er gestern in einer Sendung auf münchen.tv gemacht hat. Diese Worte sind ganz aktuell, also nicht von früher.

Herr Minister, Sie sagten gestern:

Wir werden den größten Flop der bundesdeutschen Bildungsgeschichte, nämlich die Gesamtschule in Bayern, sicher nicht mehr auf den Weg bringen.

Wir auch nicht, Herr Minister. Die SPD-Fraktion will das nicht.

Wollen oder können Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich die Formen des längeren gemeinsamen Lernens in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt haben? Die Gesamtschulen, die Sie wohl meinen - vielleicht muss man besser sagen: die Ihnen die Lehrerverbände einflüstern -, gibt es so kaum noch.

Es ist doch seltsam: Die Schulpreissiegerschulen der letzten Jahre sind allesamt Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. Ich nenne: 2011 Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen, 2010 Sophie-Scholl-Schule Bad Hindelang-Oberjoch; 2009 gab es keinen Hauptpreisträger; 2008 Wartburg-Grundschule Münster, 2007 Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim.

Alle Hauptpreisträger sind also Schulen des längeren gemeinsamen Lernens.

(Beifall bei der SPD)

Ist das ein Zufall? Es ist kein Zufall. Man muss die Kriterien der Jury einmal unter die Lupe nehmen. Es sind drei Hauptkriterien: Erstens. Die besten Schulen sehen Vielfalt als Chance. Zweitens. Die besten Schulen machen Gescheite gescheiter. Drittens. Die besten Schulen gehen selbst in die Schule. - So zitiere ich die Homepage der Jury.

Die Frage muss erlaubt sein, Herr Spaenle: Stünde es dem Bildungsminister eines so, wie Sie immer sagen, erfolgreichen Landes nicht gut an, auch andere Schulkonzepte genauer anzuschauen? Sie machen es umgekehrt: Alles, was Ihnen nicht in den Kram passt, machen Sie lächerlich oder verteufeln es.

Natürlich ist es legitim, auf die Stärken des bayerischen Schulsystems hinzuweisen. Aber was soll dann die Aussage - ich zitiere wieder aus dem Fernsehinterview -:

Die Bildungsforschung stellt den Gesamtschulen die denkbar schlechtestmöglichen Noten aus, weil hier die schwächeren Kinder nicht genug unterstützt und die stärkeren Kinder nicht genug gefördert und gefordert werden.

Das sagen Sie jetzt einmal den Jurymitgliedern der Schulpreisträgerschulen.

Ich darf ein kleines Beispiel anführen. Dazu nenne ich: Professor Dr. Eckhard Klieme, Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung in Frankfurt, Professor Dr. Olaf Köller, Direktor des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik an der Universität Kiel, Professor Dr. Jürgen Oelkers, Leiter des Instituts für Erziehungswissenschaften an der Uni Zürich/Schweiz. Sie alle sind renommierte Leute, die Sie natürlich mit Ihrer Aussage treffen. Sie verschweigen, Herr Spaenle, dass die Bildungsforscher längst festgestellt haben, dass die Schulstruktur, also die Frage, ob ein gegliedertes oder ein integratives System vorliegt, für die Qualität einer Schule nicht die entscheidende Rolle spielt, wohl aber bei der Frage der Bildungsgerechtigkeit. Die neuesten Erkenntnisse zeigen, dass hier gerade die Gemein-

schaftsschulen, also Schulen, die Kinder nicht mehr in Schularten oder auf schular-
tähnliche Kurssysteme verteilen, wie es die früheren Gesamtschulen gemacht haben,
klar im Vorteil sind.

Haben nicht Sie, Herr Spaenle, uns immer wieder gesagt, dass die fehlende Bildungs-
gerechtigkeit in Bayern immer noch eine Hausaufgabe darstellt? - Ich stelle nur fest:
Trotz zugegebener leichter Verbesserungen haben in Bayern Kinder aus höhergestell-
ten Familien immer noch siebenmal bessere Chancen, einen höheren Bildungsab-
schluss zu erreichen, als Kinder aus nicht begüterten Familien. Wenn man also Ver-
besserungen erreichen will, muss man nicht nur am Inhalt und der Qualität arbeiten -
da stimmen wir überein -, sondern man muss auch die Struktur anpassen.

Wir haben bei der Gemeinschaftsschule vor allem den Inhalt und die Qualität im Blick,
nicht in erster Linie die Struktur. Lesen Sie unser erstes ausführliches pädagogisches
Konzept, den Altmühltaler Plan, in Ruhe nach.

Frau Will, Lesen hilft manchmal. Ich zitiere aus Ihrer Presseerklärung:

Bayerische Schulen sind pädagogisch viel weiter, als es die SPD suggeriert.

Sie schreiben:

Was nun auf dem Tisch liegt,

also unser pädagogisches Konzept, der Altmühltaler Plan, der über 70 Seiten hat,

ist nur ein Sammelsurium an Vorschlägen zu Lehr- und Lernformen, die bereits
an allen Schularten selbstverständlich sind.

(Lachen bei der SPD)

- Man höre und staune. -

Dass Herr Güll als ehemaliger Lehrer wider besseren Wissens die pädagogische
Arbeit vieler Lehrkräfte infrage stellt, zeigt, dass er rein ideologisch denkt.

Das mögen andere beurteilen. Aber was jetzt kommt, ist schon ein starkes Stück:

Würde man - bildlich gesprochen -

so schreiben Sie,

auf dem vorgelegten Fundament ein Haus bauen, dann würde ich der Schulfamilie empfehlen, dort nicht einzuziehen. Vor der Schule müsste ein Schild aufgestellt werden, auf dem steht: Die SPD haftet für die Bildung unserer Kinder!

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Manchmal, Frau Will, hilft Lesen wirklich weiter. Bei manchem hilft aber auch mehrmaliges Lesen offensichtlich nicht. Damit müssen wir uns bei der FDP wohl langsam abfinden.

Lassen Sie mich jetzt noch einmal ein paar Gedanken zum Gesetzentwurf darstellen. Was liegt denn eigentlich auf dem Tisch? - Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Raum nur ganz wenige wissen, was jetzt mit unserem Gesetzentwurf eigentlich auf dem Tisch liegt. Lassen Sie mich es kurz sagen: Zwei Dinge sollen geändert werden: Erstens beantragt die SPD-Fraktion mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, die Gemeinschaftsschule als weitere Schulart gemäß den Artikeln 9 a und 9 b möglich zu machen. Im Gesetzentwurf steht nichts davon, dass wir irgendetwas abschaffen wollen, sondern nur von der Absicht, die Gemeinschaftsschule als weitere Schulart zu ermöglichen. Zweitens möchte der Gesetzentwurf sicherstellen, dass in der Region sogenannte Modellschulen möglich sind; deshalb sollen Artikel 81 und die folgenden ergänzt werden, die bis jetzt die Schulversuche und die Modellschulen regeln. Der Tenor dieser Änderungen ist, weg von Zentrallösungen für alle Regionen hin zu passgenauen, bedarfsgerechten Lösungen zu gelangen, die die unterschiedlichen Regionen Bayerns berücksichtigen.

Dazu darf ich feststellen, dass es der SPD-Fraktion mit diesem Gesetzentwurf nicht um ideologische Grundsatzpositionen, sondern um pragmatische Lösungen für Kin-

der, Eltern und Kommunen geht. Wir wollen mit der Gemeinschaftsschule nach Lösungen suchen, die den Übertrittsdruck in der Grundschule deutlich abbauen, die oft fehlerhafte Einsortierung von neun- und zehnjährigen Kindern in die verschiedenen Schularten vermeiden und vermindern, und die Bildungsgerechtigkeit erhöhen könnten.

Andererseits wollen wir mit der Ausweitung der Artikel 81 und der folgenden die Zulassung der Modellschulen in den Regionen. Damit wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass Schulfamilie und Kommune bei Bedarf und - wohlgemerkt: - auf Antrag passgenaue und bedarfsgerechte Lösungen für ihren Schulstandort entwickeln und dann auch umsetzen dürfen.

Sie gehen auf diese Inhalte gar nicht ein. Ihre Antwort - ich zitiere noch einmal -:

Die Ansprüche, ein möglichst passgenaues Bildungsangebot vor Ort und möglichst individuelle Bildungsgänge anbieten zu können, verwirklichen wir in Bayern. Hier wollen wir in der Fläche dafür sorgen, dass das Schulangebot erhalten bleibt.

Ja, Sie rufen Bildungsregionen aus und versprechen den Menschen den Dialog. Wenn dann aber die Eltern, die Lehrkräfte, manchmal sogar die Schüler, vor allem aber die Vertreter der Kommunen zu bedarfsgerechten und passgenauen Lösungen kommen, die allerdings meistens nicht aus Ihrem Handwerkskoffer stammen, kommt von Ihnen ein "Nein, das geht nicht!" Sie lassen nur Lösungen in den Leitplanken zu. Wir aber in der SPD-Fraktion wollen die Beteiligung der Menschen, und wir trauen den Menschen auch Lösungen zu. Wir glauben, dass Menschen vor Ort am besten wissen, welche Lösungen sie brauchen. Deshalb legen wir diesen moderaten, aber doch eindeutigen Gesetzentwurf vor.

Nichts von alledem ist derzeit in Bayern möglich, Herr Minister. Das ist eine Sache des Unterschieds zwischen Anspruch und Wirklichkeit, eine Sache von Beteiligung, Dialog, Mitbestimmung, Mitwirkung. All diese Schlagworte muss man auch umsetzen. Ich frage mich: Wie lange werden Sie den Eltern, vor allem auch den Bürgermeistern, den

Gemeinderäten, den Stadträten, den Kreisräten noch erklären können, dass sie, wenn sie sich auf den Weg gemacht haben, schlussendlich nicht umsetzen dürfen, was sie sich ausgedacht haben? - Ich wiederhole: Es geht nicht um Ideologie, sondern um pragmatische Lösungen. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob das bei Ihnen auch so ist, ob Ihre Ansätze auch ideologiefrei sind. Aber das ist ja das berühmte Streitthema.

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

Sie sagen - da sind wir durchaus der gleichen Meinung -, wir brauchen ein Schulwesen, das möglichst passgenaue Wege anbietet, und dies mit möglichst hoher Durchlässigkeit.

(Eduard Nöth (CSU): Das haben wir doch!)

- Jetzt muss ich zu Herrn Nöth schauen, der sagt: Das haben wir schon. Wie erklären Sie dem Bürgermeister, dass seine Schule nach einem Jahr Mittelschule bzw. Mittel­schulverbund dicht gemacht wird? Wie erklären Sie ihm, wenn er sogar eine passgenaue Lösung anbietet, dass Sie sagen: Das geht aber nicht? Hier brauchen wir eine Öffnungsklausel, hier brauchen wir die beiden Gesetzesänderungen, die wir hiermit vorlegen. Aber ich weiß, es ist wohl sinnlos, in Ihre Richtung zu schauen und um Zustimmung zu bitten.

(Inge Aures (SPD): Da ist doch sowieso keiner da!)

Der weise Arthur Schopenhauer hat vor 200 Jahren gesagt - bitte hören Sie gut zu -: Neue Ideen und neue Erkenntnisse durchlaufen drei Stadien: Zuerst werden sie belächelt, dann energisch bekämpft, schließlich als Selbstverständlichkeiten angenommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der hat die CSU noch nicht gekannt!)

Man könnte das dritte Stadium vorziehen, meine Damen und Herren, und heute zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Güll. Als Nächster hat Herr Kollege Eisenreich für die CSU das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Weiterentwicklung und die Verbesserung der Schule ist und bleibt eine Daueraufgabe für alle Beteiligten. Wir haben in Bayern noch einige Ziele, die wir erreichen wollen. Das verbindet uns. Ob das die Verbesserung der Chancengerechtigkeit ist, ob das die weitere Stärkung der individuellen Förderung ist - auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft -, ob das der weitere Ausbau der Ganztagsangebote ist, ob das die Schulentwicklung, die Profilbildung oder die pädagogische Weiterentwicklung ist oder ob es das große Thema Inklusion ist: Darüber müssen wir reden. Wir tun das auch intensiv im Plenum, im Bildungsausschuss und auch in Gesprächen vor Ort.

Sehr geehrter Herr Kollege Güll, wenn Sie pädagogische Verbesserungen in die Diskussion einbringen, dann werden wir uns mit Interesse damit befassen. Aber, sehr geehrter Herr Güll, eine neue Schulart braucht dazu wirklich niemand.

Deshalb möchte ich für die CSU-Fraktion klar sagen: Die Gemeinschaftsschule ist in Bayern überflüssig. Auch pädagogisch bringt sie keinen Vorteil. In einer Schule, in der ab Klasse 5 alle Schülerinnen und Schüler - vom Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zum Gymnasiasten - in einer Klasse sind, werden Sie es nicht erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler ausreichend gut gefördert werden,

(Zurufe von der SPD)

sondern es wird ein Teil unterfordert und ein Teil überfordert sein.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, dass Sie glauben, mit diesem ständigen Aufwärmern der Strukturdebatte punkten zu können. Ich glaube, Sie können damit nicht punkten.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Meine Gespräche - ich führe viele Gespräche in Bayern - bestätigen, dass der Großteil der Eltern und Lehrer an theoretischen Debatten nicht interessiert ist, sondern drei Dinge will:

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Erstens. Sie wollen Politik für alle Schülerinnen und Schüler, für die langsameren und die schnelleren, von denen, die mehr Förderbedarf haben, bis zu den Begabten.

Zweitens. Alle wollen mehr Geld für die Bildung.

Drittens. Die wenigsten wollen Strukturdebatten, sondern sie wollen pragmatische Lösungen.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Genau das machen wir. Genau das kommt auch gut an. Deshalb ist unsere Antwort auf diesen Vorschlag der Einführung der Gemeinschaftsschule:

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben in Bayern ein gutes, ein differenziertes Schulwesen. Viele Studien belegen das, zuletzt der Lernetlas der Bertelsmann Stiftung. Deswegen werden wir uns nicht damit beschäftigen und unsere Ressourcen damit verschwenden, eine weitere Schulart einzuführen, sondern wir gehen unseren Weg konsequent weiter nach dem Motto: Qualität und Gerechtigkeit.

Wir kümmern uns um die Verbesserung der Rahmenbedingungen, werden den Ausbau von Ganztagsangeboten weiter vorantreiben und natürlich die individuelle Förderung verstärken.

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir haben in Bayern schon viel erreicht, aber wir haben auch noch einiges vor uns. Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Erstens. Das Wichtigste und das, was die Bürgerinnen und Bürger am meisten bewegt, ist, dass Bildung ein Investitionsschwerpunkt ist und bleibt. Der Nachtragshaushalt hat dies bewiesen. Wir haben die letzten zehn Jahre den Kultusetat um zwei Milliarden Euro erhöht, mit dem heute beschlossenen Nachtragshaushalt noch einmal um über 180 Millionen Euro. Das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, nämlich die Verbesserung von Rahmenbedingungen.

Zweitens. Die individuelle Förderung ist das ganz große Thema, die Ermöglichung von individuellen Bildungskarrieren und die Durchlässigkeit. Auch dazu haben wir ein Bündel von Maßnahmen ergriffen: von der Frühförderung über das Modell "flexible Grundschule", das Kooperationsmodell von Mittelschule und Realschule, die Vorklassen zu den beruflichen Oberschulen, die Einführungsklassen zum Gymnasium, die Intensivierungsstunden, die Förderstunden oder jetzt auch bald das Intensivierungsjahr. - Sie sehen, wir bemühen uns intensiv um die individuelle Förderung und die Durchlässigkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Sie zitieren aus Studien. Es stimmt, dass die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass ein Kind aus einer Akademikerfamilie aufs Gymnasium geht als eines aus einer Arbeiterfamilie. Aber der Vollständigkeit halber bitte ich doch zu erwähnen, dass wir in Bayern

neben dem Gymnasium über die berufliche Bildung einen guten zweiten Weg zu Hochschulzugangsberechtigungen haben. 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen werden über die berufliche Bildung erworben. Es ist wichtig, auch das zu erwähnen, sehr geehrter Herr Kollege Güll, und nicht die Dinge einseitig darzustellen.

Wir werden weiterhin sehr intensiv die Ganztagsangebote ausbauen. Die meisten von Ihnen genannten Schulen sind Ganztagschulen. Deswegen ist es unser großes Ziel, dass wir die Ganztagsangebote weiter ausbauen. Wir werden es ab dem nächsten Schuljahr schaffen, dass es an über 90 % der Grundschulen Ganztagsangebote gibt und auch an über 90 % der weiterführenden Schulen Ganztagsangebote möglich sind, wenn es denn gewünscht wird.

Sehr wichtig ist auch der Erhalt von Schulstandorten.

(Zuruf von der SPD: Da versagen Sie doch!)

- Da versagen wir überhaupt nicht, sondern haben mit dem Nachtragshaushalt gerade beschlossen, dass auch bei den Grundschulen kurze Wege möglich sind. Wir haben extra einen Demografiezuschlag eingeführt, um auch kleine Grundschulen erhalten zu können.

(Zuruf von der SPD)

Das Thema Inklusion ist uns wichtig. Diesbezüglich sind wir mit der interfraktionellen Arbeitsgruppe auf einem guten Weg. Der Gesetzentwurf ist ein Meilenstein. Diesbezüglich haben wir noch viel zu tun.

Ich komme zur Entwicklung von Schulen: Wir waren erst vor Kurzem mit dem Bildungsausschuss am Gymnasium in Oettingen. Diese neuen pädagogischen Konzepte sind möglich, ohne dass ein Komma in irgendeinem Gesetz geändert werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Deshalb ist es doch sinnvoll, die Schulen zu bestärken, Profile zu bilden und sich neue pädagogische Wege zu überlegen. Unsere Aufgabe muss es sein, dies zu begleiten.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger das, was wir in der Bildungspolitik machen, sehr wohl verstehen und dem zustimmen, dass wir einen sehr pragmatischen Weg einschlagen. Diese ewigen Versuche, Schulstrukturdebatten hochzuziehen, kommen bei den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt nicht gut an. Wir halten unseren Weg im Interesse der Schülerinnen und Schüler für richtig und Ihren Vorschlag für überflüssig.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Eisenreich. - Für die Fraktion FREIE WÄHLER erteile ich Herrn Felbinger das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich auf das eingehen, was Sie, Herr Kollege Eisenreich, gesagt haben. Diese Lobhudelei auf das bayerische Bildungssystem war schon sehr interessant anzuhören. Bei dem, wie Sie Ihr Bemühen um individuelle Förderung in den Vordergrund stellen, dreht sich mir der Magen um:

(Beifall des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

eine Stunde modulare Förderung in den Klassen fünf und sechs, eine Stunde individuelle Förderung danach. Was ist denn daran individuelle Förderung? Es ist nicht mehr als ein Luftballon.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Wenn Sie von einem Ausbau von Ganztagschulen sprechen, dann habe ich noch keine Ganztagschule gesehen. Wenn Sie davon sprechen, dass im nächsten Jahr 90 % der Grundschulen in Bayern ein Ganztagsangebot haben werden, dann mag das

durchaus richtig sein, aber derzeit nehmen 7 % der Schüler in Grundschulen ein Ganztagsangebot wahr.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Sie nennen das, was aus irgendwelchen Statistiken hervorgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Gemeinschaftsschule in Zweiter Lesung. In der Regel werden diese bildungspolitischen Debatten mit viel Herzblut und Engagement geführt. Ich bin erstaunt, dass das heute so ruhig zugeht. Auch die CSU-Fraktion ist ganz leise geworden.

(Zuruf von der SPD: Es ist ja niemand da!)

Haben Sie von der SPD mit diesem Gesetzentwurf doch ein wenig den Nerv der Staatsregierung getroffen? Denn in den ganzen Verlautbarungen der letzten Woche hat man das stets als Teufelszeug verdammt. Sie von der SPD dagegen sehen die Gemeinschaftsschule als Allheilmittel zur Behebung sämtlicher bildungspolitischer Probleme an. Ich denke, die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Weder wollen noch werden wir FREIEN WÄHLER uns in eine bildungspolitische Schublade sperren lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen Schulen, die an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet sind, hohe Unterrichtsqualität bieten und dementsprechend qualitativ hochwertige Abschlüsse verleihen.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Wir wollen praktikable, von der Bevölkerung akzeptierte Lösungen.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Deshalb sprechen wir FREIEN WÄHLER uns im Gegensatz zu SPD und GRÜNEN im Grundsatz für ein gegliedertes Schulsystem aus. Herr Güll, Sie haben vorhin gesagt, alle Gewinner der verschiedenen Preise kämen aus Systemen mit längerer gemeinsamer Schulzeit. Für die Sieger trifft das durchaus zu; aber die Zweit- und die Drittplatzierten entstammen dem gegliederten Schulsystem; ich nenne beispielhaft das Johann-Schöner-Gymnasium Karlstadt.

Auch wir FREIE WÄHLER sehen die Notwendigkeit, über eine Weiterentwicklung des bisherigen Systems nachzudenken. Insoweit darf es keine Denkverbote geben. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es, dass die SPD diesen Gesetzentwurf eingebracht hat.

(Beifall des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Wir haben bereits in der Ersten Lesung und während der Beratung im Bildungsausschuss signalisiert, dass wir diesem Ansatz angesichts des dramatischen Schülerrückgangs und der daraus resultierenden Veränderungen im Schulsystem grundsätzlich positiv gegenüberstehen.

Ich betone: Wir FREIEN WÄHLER wollen eine regionale Schulentwicklung. Es versteht sich von selbst, dass solch eine Entwicklung unterschiedliche Schulmodelle zulassen muss. Nur so kann auf die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort reagiert werden. Mit Einheitslösungen aus dem Kultusministerium ist das sicherlich nicht zu bewerkstelligen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Im Zusammenhang mit einer regional passenden Schulentwicklung hat für uns auch die Gemeinschaftsschule ihren Platz und ihre Berechtigung, und zwar überall dort, wo sie gewünscht wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das steht doch drin!)

- Das habe ich gelesen, Herr Pfaffmann. Ganz ruhig!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Dann können Sie doch zustimmen!)

- In dem Gesetzentwurf steht noch mehr drin. - Ich sage es ganz klar: Wir begrüßen die Gemeinschaftsschule als Modell. Wenn die Mehrheit der Schulfamilie es wünscht, die Betroffenen sich auf den Weg machen und Konzepte in diese Richtung ausarbeiten, können wir uns die Gemeinschaftsschule als Modell vorstellen. Insofern unterscheiden wir uns ganz klar von der Position der Regierungskoalition. An deren Vertreter muss die Frage gerichtet werden: Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, dass die Menschen in unserem Land lange nicht so zufrieden mit unserem Bildungssystem sind, wie Sie es immer behaupten? Zahlreiche Schreiben, die Sie genauso wie ich bekommen, und Petitionen sprechen doch eine deutliche Sprache. Diese Menschen haben verstanden. Sie fürchten, dass das bisherige System angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere des demografischen Wandels, in einigen Regionen nicht mehr tragfähig ist. Daher haben wir über neue Konzepte nachzudenken. Wir müssen auch den Willen der Schulfamilie ernst nehmen und neue pädagogische Formen zulassen, wenn das vor Ort gewünscht wird und wenn durchdachte Konzepte vorliegen.

Wir brauchen vor allem für den ländlichen Raum Lösungen, die es den dort lebenden Kindern ermöglichen, in wohnortnahen Schulen hochwertige Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur zu erreichen. Genau in diesem Zusammenhang hat für die FREIEN WÄHLER die Gemeinschaftsschule als Modellschule ihre Berechtigung.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, anstatt sich ernsthaft mit diesem Modell auseinanderzusetzen, wehren Sie schon fast reflexartig jeden Vorschlag diesbezüglich ab. So beißt sich die Katze in den Schwanz, und es passiert nichts im Interesse einer sinnvollen Weiterentwicklung unseres Schulsystems.

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass Ihr Konzept auf Dauer nicht funktioniert. Sie werden zum Umdenken gezwungen sein.

(Beifall des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

In einem Punkt unterscheiden wir uns deutlich von der SPD: Wir wollen die Gemeinschaftsschulen nicht als Regelschule.

(Zuruf von der SPD: Lesen!)

- Doch, das steht so drin.

(Zuruf von der SPD: Lesen!)

Wir sehen es als problematisch an, dass die SPD die Gemeinschaftsschule mit dieser Gesetzesänderung als neue Schulart verankern will. Wir wollen eine Weiterentwicklung mit Augenmaß. Es ist zunächst abzuwarten, wie ein derartiges Modell angenommen wird bzw. wie es sich bewährt. Eine überhastete Einführung, die letztlich noch mehr Chaos in die Schullandschaft bringen würde, lehnen wir ab; sie wäre - insofern sind Sie sicherlich mit mir einer Meinung - absolut kontraproduktiv.

Wir sollten, wie gesagt, abwarten, welchen Erfolg die Schulmodelle zeitigen. Nach der Erprobungsphase müsste eine Evaluation erfolgen, um auf der Basis gesicherter Daten und Erfahrungswerte entscheiden zu können.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Wenn die Staatsregierung Modellversuche nicht zulässt, können wir entsprechende Erkenntnisse nicht gewinnen.

Wir FREIEN WÄHLER sehen im vorliegenden Gesetzentwurf noch einige Unklarheiten, die vor einer möglichen Einführung der Gemeinschaftsschule ausgeräumt werden müssen. So ist nicht klar ersichtlich, wie die Leistungsbeurteilungen erfolgen sollen: Gibt es noch Noten im derzeit üblichen Stil? Gibt es nur Wortgutachten? Nächster Punkt: Welche Behörde ist für die Schulaufsicht zuständig? Schließlich vermissen wir

einen Hinweis darauf, welche Kosten Sie pro Schüler einer Gemeinschaftsschule veranschlagen. Auch über den Schulträger ist in Artikel 9 a Absatz 4 keine eindeutige Meinung herauszulesen.

Ich denke, eines ist klar: Zum Nulltarif ist eine Gemeinschaftsschule nicht zu haben. In Zeiten sinkender Schülerzahlen müssen wir überlegen, ob es wirklich zielführend ist, im bestehenden Schulsystem eine weitere Regelschule zu etablieren; denn die Einreicher des Gesetzentwurfs betonen selbst, dass die Gemeinschaftsschule die bestehenden Schulformen nicht ersetzen, sondern allenfalls ein zusätzliches Angebot innerhalb der bayerischen Schullandschaft darstellen soll.

Dennoch sage ich: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das gilt sicherlich auch für die Gemeinschaftsschule. Es ist durchaus möglich, die von mir angesprochenen Unklarheiten auszuräumen; aber das muss im Vorfeld geschehen.

Was wir nicht wollen, ist eine überhastete Einführung wie beim G 8 mit Pleiten, Pech und Pannen und jeder Menge unnötigem Chaos, das sich bis heute hinzieht und nach Verbesserungen ruft. Das läge weder im Interesse der Schülerinnen und Schüler noch im Interesse der Eltern oder der Lehrkräfte.

Deshalb brauchen wir Modellversuche. Hier schließt sich der Kreis. Ich möchte noch einmal an die Damen und Herren der Regierungskoalition und der Staatsregierung appellieren: Lassen Sie die Gemeinschaftsschule endlich als Modellversuch zu! Lassen Sie uns endlich Erfahrungen mit diesen Modellen sammeln! Lassen Sie es zum Praxistest kommen! Machen Sie endlich eine Bildungspolitik im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der betroffenen Eltern und der Lehrkräfte vor Ort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Felbinger. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Gehring an das Mikrofon. Bevor Herr Geh-

ring das Wort ergreift, gebe ich bekannt, dass vonseiten der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNEN begrüßen diesen Weg der SPD, der hier vor allem durch ihren bildungspolitischen Sprecher Martin Güll vertreten wird. Es ist ein pragmatischer Weg mit dem Ziel der Ermöglichung neuer Schulmodelle vor Ort und längeren gemeinsamen Lernens. Wir GRÜNEN beschreiten diesen Weg schon lange und freuen uns, dass wir ihn nun gemeinsam mit der SPD weitergehen. In der Bildungspolitik braucht es viel Gemeinsamkeit, um neue Wege gehen zu können.

Zu den FREIEN WÄHLERN: Lieber Kollege Felbinger, ich weiß, dass Sie ein sportlicher Mensch sind; aber dass Sie so ein guter Pirouettendreher sind, ist mir neu.

(Beifall bei der CSU)

Den letzten Bogen zur neuen Schulpolitik kriegen wir schon gemeinsam hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Verbesserung unserer Schulen, um gutes Lernen und gute pädagogische Weiterentwicklung. Das muss im Mittelpunkt unserer Diskussionen stehen. Die Frage der Schulstruktur kann aber nicht außen vor bleiben. Die Schulstruktur müssen wir im Sinne einer dienenden Rolle diskutieren. Dient die Schulstruktur besserem Lernen? Unterstützt sie besseres Lernen, oder behindert sie besseres Lernen? Diese Frage müssen wir so diskutieren.

Wenn wir vom Lernen ausgehen, von der Entwicklung, von den pädagogischen Diskussionen, dann stellen wir fest, dass es eine Veränderung in der Pädagogik gibt: Weg von einem scholastischen Lernbegriff vom Lehrenden zum Lernenden hin, gedacht als eine Einweg-Kommunikation hin zu einer Bewegung, wo der Lernende in den Mittelpunkt gestellt wird, wo das selbständige, aktive Lernen im Mittelpunkt stehen muss. Wir gehen davon aus, dass Menschen unterschiedlich lernen, unterschiedliche Lerntempi brauchen, unterschiedliche Lernzeiten haben. Wir wissen das alle selber.

Wir haben alle wohl unterschiedlich viele Fahrstunden für die Führerscheinprüfung gebraucht, weil wir einfach alle unterschiedlich sind. Die Frage ist also: Unterstützt die gegenwärtige Schulstruktur des gegliederten Schulwesens das individuelle Lernen oder behindert sie es?

Kollege Eisenreich, Sie haben es vorhin deutlich geschildert. Nach der Klasse 4 mit der Klasse 5 kommt der Bruch. Genau da sind offenbar Unterschiedlichkeiten des gemeinsamen Lernens nicht mehr möglich, was noch in der Grundschule möglich war. Dieser Bruch, der Übertritt nach der Klasse 4, wird von den Menschen tatsächlich als großes Problem, als großer Bruch empfunden: von den Lehrern und Lehrerinnen an den Grundschulen, von den Schülerinnen und Schülern und von den Eltern. Auch Sie selber wissen, dass es ein Problem ist. Deswegen treffen Sie alle möglichen Maßnahmen, um das ein bisschen zu kaschieren. Wir stellen einfach fest, Schülerinnen und Schüler, Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit lassen sich nicht über einen Kamm scheren, und sie lassen sich auch nicht über drei Kämme scheren. Deswegen brauchen wir die Diskussion darüber, wie wir eine Schulstruktur schaffen, die viel mehr Unterschiedlichkeit zulässt.

(Zuruf von der CSU: Haben wir doch!)

Wir haben eben drei unterschiedliche Schultypen. Aber die Menschen sind wesentlich unterschiedlicher als eine Dreiheit. Wir diskutieren über Heterogenität als Chance. Wir diskutieren über Inklusion. Lieber Kollege Eisenreich, wir diskutieren das mit großem Respekt voreinander und haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Wir stellen fest, dass in Grundschulen neue Wege gegangen werden. Wir alle wissen aber nicht, wie es nach Klasse 4 weitergeht, ob dann gute, funktionierende Klassengemeinschaften mit Schülerinnen und Schülern, die behindert sind, und Schülerinnen und Schülern, die nicht behindert sind, die jetzt in einer Schulprofil-Schule sind, auseinandergerissen werden und was dann mit den Kindern sein wird, die eine Behinderung haben. Gehen sie dann alle doch auf eine Förderschule oder alle auf eine Mittelschule? Wir stellen fest, wir bekommen mit dem gegliederten Schulsystem

ein Problem. Es unterstützt eben nicht das Denken, dass Heterogenität eine Chance für besseres Lernen der Schülerinnen und Schüler ist.

Wir haben in Bayern viel zu oft die Diskussion, ob ein Schüler zur Schule passt, ob es der richtige Schüler für die jeweilige Schule ist. Wir kennen alle die Diskussion mit vielen Lehrerinnen und Lehrern, die sich darüber beklagen, dass sie lauter falsche Schüler haben, die eigentlich nicht auf ihre Schule gehören. Ich halte diese Diskussion für absurd. Sie zeigt, wo der Mangel ist. Wir brauchen eine Schule, die für die Schülerinnen und Schüler richtig ist. Wir müssen das Verhältnis umdrehen und überlegen: Wie können wir die Schule entsprechend gestalten?

(Beifall bei den GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Das geht nur, wenn wir über andere Schulstrukturen und andere Schulmodelle nachdenken.

Die Schulstruktur hat auch eine dienende und unterstützende Funktion beim demografischen Wandel. Der Rückgang der Schülerzahl und das Übertrittsverhalten sind bekannt, vor allem in bestimmten Gebieten. Wir haben die Situation, dass in vielen Regionen und Gemeinden Bayerns, wo es weniger Kinder gibt, zwei Drittel bis drei Viertel der Kinder mit dem Schulbus aus dem Dorf herausfahren müssen, an einer Schule vorbei, die halb leer steht und Mittelschule heißt. Alle wissen, dass die Mittelschule nicht mehr lange als Standort erhalten bleiben kann und für drei Viertel der Kinder nicht der richtige Schulort ist. Wir wissen alle, dass die Schule ein wichtiger Standortfaktor für eine Kommune ist. Sie ist Voraussetzung dafür, dass sich junge Familien dort ansiedeln und niederlassen. Die Frage ist, ob wir an dem dreigliedrigen Schulsystem festhalten mit der Konsequenz, dass wir die Schulstandorte in den Kommunen aufgeben müssen, oder ob wir Strukturen schaffen, die diese Schulstandorte weiterhin unterstützen.

Kein Grund ist für mich, dass wir in dieser Frage eine ideologische Debatte führen. Die ideologische Debatte wird zumindest seitens unseres Kultusministers geführt. Wenn

ich immer wieder den polemischen, diffamierenden Begriff "Einheitsschule" höre, so muss ich sagen: Das ist wirklich unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Da muss ich unter historisch denkenden Menschen schon fragen, auf welchen Begriff von "Einheitsschule" Sie eigentlich rekurrieren. Meinen Sie den Begriff der "Einheitsschule" der demokratisch-freiheitlichen Revolution von 1848? Dann ist es ein positiv besetzter Begriff. Oder meinen Sie den Einheitsschulbegriff von 1920 derjenigen, die damals gegen die vierjährige Grundschule polemisiert und mit dem Begriff "Einheitsschule" gegiftet haben? Wenn Sie diesen Begriff meinen und das gemeinsame Lernen als "Einheitsschule" diffamieren, wie können Sie sich dann vor die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer hinstellen, die in Bayern gute Arbeit geleistet haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht uns um eine pragmatische Politik für besseres Lernen, für Konzepte der individuellen Förderung, für eine Schulentwicklung von unten und für den Erhalt von Schulstandorten vor Ort. Wir müssen über neue Schulmodelle und neue Schulstrukturen nachdenken. Wir GRÜNEN werden mit der SPD diesen Weg gehen. Ich bin davon überzeugt, dass die FREIEN WÄHLER spätestens 2013 diesen Weg mitgehen müssen. Denn sie können sich dem nicht verschließen, dass vor Ort kommunale Modelle entwickelt werden und Entwicklungen von unten möglich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die FDP wird keine Relevanz mehr haben, weil sie heute schon in der bildungspolitischen Debatte in Bayern keine Relevanz mehr hat. Denn sie hat sich in der Koalition gerade in der Frage der Weiterentwicklung der Schulstruktur nicht durchsetzen können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU erlebe ich sehr gespalten: Auf Landesebene, hier im Landtag und im Kultusministerium. Ich erlebe sie

ganz deutlich als Kämpferin für das dreigliedrige Schulsystem, die ideologisch an diesem System festhält, aber nicht wahrnimmt, wie die Situation vor Ort ist, und auch nicht wahrnimmt, dass vor Ort bei den CSU-Bürgermeistern, bei den CSU-Gemeinderäten und bei Schulleitern, die früher CSU gewählt haben, umgedacht wird, neue Modelle gesucht werden, neue Wege gegangen werden. Sie machen mit Ihrer Politik von oben alles unmöglich. Sie lassen keine neuen Wege zu.

Wir stehen für eine Politik der Ermöglichung. Wir stehen für eine Politik, die neue Wege vor Ort ermöglicht, neue Schulkonzepte, und deshalb stimmen wir dem Gesetzesentwurf der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Gehring. Als Nächste hat sich für die FDP Frau Will zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Renate Will (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die von der SPD geplante neue Schulform gibt es verschiedene Namen. Die SPD selber nennt sie Gemeinschaftsschule.

(Zuruf von der SPD: Statt Grundschule!)

Inhaltlich entspräche sie der Integrierten Gesamtschule. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine neue Schulform. Wir brauchen keine Schulstrukturdebatte.

(Beifall bei der FDP)

Debatten über Schulstrukturänderungen lösen Chaos und Unruhe in der Schulfamilie aus, anstatt ihr Zeit und Ruhe zu lassen, die sie aufgrund der Entwicklungen im bildungspolitischen Bereich braucht. Wir haben längst begonnen, mit den Beteiligten in den Regionen passende Lösungen für die Bildungslandschaft zu finden und zu entwi-

ckeln. Wir haben längst begonnen, die Schulqualität zu verbessern. Wir haben viel Geld in die Bildung gesteckt. Bildung hat bei uns Haushaltspriorität,

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

und wir haben dafür gesorgt, dass das differenzierte Schulsystem noch flexibler und durchlässiger wird. Außerdem haben wir längst begonnen, bayerische Schulen dort zu Inklusionsschulen weiterzuentwickeln, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, denn Inklusion kann nur sukzessive und behutsam gelingen.

Wir haben auf all jene im Gesetzentwurf skizzierten Probleme, die aus den bildungspolitischen gesellschaftlichen Entwicklungen resultieren, längst reagiert und auf vielfältige Weise Antworten gefunden. Augenscheinlich ist die SPD am 24.09.2010 dort stehen geblieben, sonst hätte sie längst feststellen können, dass sich die im Gesetzentwurf angeführte Problemstellung bereits in der Lösungsphase befindet. Dass dies auch ohne revolutionäre Schulstrukturänderungen möglich ist, darauf werde ich später noch kurz eingehen.

(Maria Noichl (SPD): ... und ohne FDP!)

Zunächst zum Gesetzentwurf. Allein schon die Formulierung im Gesetzentwurf, dass eine sogenannte Gemeinschaftsschule nicht angeordnet werden kann, sondern eine freiwillige Entscheidung der Schulfamilie vor Ort ist, verschleiert die tatsächlichen Absichten der SPD, flächendeckend die Gemeinschaftsschule für alle einführen zu wollen. 2010 hat die SPD in Bayern beschlossen, dass die Gemeinschaftsschule von den Klassen 1 bis 10 die Regel werden soll. Zudem sollen alle Schulstandorte erhalten werden, indem sie künftig als Gemeinschaftsschule organisiert werden. Wenn sie also alle Standorte erhalten will, will sie auch an allen Standorten Gemeinschaftsschulen einrichten, meine Damen und Herren. Das ist nicht meine persönliche Schlussfolgerung, sondern der Parteitagsbeschluss der SPD vom 8. Mai 2010, der - wohlgermerkt! - vor der Ersten Lesung stattfand.

(Beifall bei der FDP)

Was wären denn die Folgen, wenn es Gemeinschaftsschulen in Bayern gäbe?

(Theresa Schopper (GRÜNE): Chaos!)

Erstens wäre der Bestand von Gymnasien und Realschulen im ländlichen Raum in Gefahr. Die Gemeinschaftsschule zieht zwangsläufig Schülerinnen und Schüler von dieser erfolgreichen Schulart ab und verhindert somit Bildungsgerechtigkeit; denn wie die Gesamtschulen in der Vergangenheit gezeigt haben, war es eine Illusion, zu glauben, dass die Leistungstärkeren die Schwächeren nachziehen würden. Stattdessen erfolgt eine Nivellierung auf niedrigem Niveau.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pfaffmann?

Renate Will (FDP): Nein, die gestatte ich nicht.

Zweitens geht es nicht nur ausschließlich darum, Schulstandorte zu sichern, sondern vielmehr muss auch eine gute abschlussbezogene Förderung garantiert sein. In diesem Zusammenhang verweise ich erneut auf die BIJU-Studie, die Studie zu Bildungsverläufen und psychosozialer Entwicklung im Jugendalter. Darin ist bereits längst bewiesen, dass Schüler an einer Gesamtschule, die der Gemeinschaftsschule im Wesentlichen entspricht, gegenüber Realschülern am Ende der Sekundarstufe I etwa in Mathematik einen Wissensrückstand von circa zwei Schuljahren aufweisen.

(Zuruf von der SPD: Wo steht das denn?)

- In der BIJU-Studie.

Ich möchte nicht Gymnasien und Realschulen im ländlichen Raum gefährden, um der Schulfamilie ein zweifelhaftes Angebot zu unterbreiten, das zudem bereits vielfach gescheitert ist. Ich möchte, dass Bayern auch in Zukunft bei Vergleichsstudien die vorde-

ren Plätze belegt und nicht, wie die SPD-geführten Länder, die hinteren Ränge der Tabelle.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Drittens soll in der Gemeinschaftsschule grundsätzlich das gymnasiale Lernangebot Standard des Lernprozesses sein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Bedeutet dies, dass die SPD davon ausgeht, dass der durchschnittliche Gemeinschaftsschüler ein Gymnasiast ist? Wie weit soll der Stoff denn heruntergebrochen werden? Laut SPD soll dies allein durch Binnendifferenzierung gelingen, also durch eine gestaffelte Aufgabenstellung, um den unterschiedlichen Begabungen in ein und derselben Klasse gerecht zu werden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hört, hört!)

Wie soll das funktionieren, diese für die Lehrkräfte hoch komplexe Aufgabe, sich an das Potenzial der verschiedenen Schülerinnen und Schüler anzupassen, vom hochbegabten Schüler bis zum Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf? Dann wird die Qualität des Unterrichts sinken, ob man will oder nicht. Qualitätseinbußen wird es mit uns aber nicht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Aber selbstverständlich müssen innovative Unterrichtsformen in den Schulalltag integriert werden. Wir müssen dafür sorgen, dass moderne Lehr- und Lernformen überall Einzug in die Schulen halten. Dies hat die Exkursion des Ausschusses nach Oettingen gezeigt. Individuelles Lernen ist bereits möglich. Fächerübergreifendes Lernen und auch rhythmisierter Unterricht sind bereits möglich. Ganz deutlich gesagt: Oettingen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann bereits heute überall in Bayern sein. Dazu muss

nicht einmal das Gesetz geändert werden oder, wie Kollege Eisenreich sagte, nicht einmal ein Komma.

Ich möchte dennoch nicht verschweigen, dass es durch den Schülerrückgang Schwierigkeiten für ländliche Räume gibt, Schulstandorte zu erhalten. Deshalb befürworten wir das Konzept der Kooperation aus Realschule sowie Haupt- oder Mittelschule unter einem Dach. 20 Kooperationsmodelle arbeiten bereits in unterschiedlicher Tiefe zusammen.

Mit der von uns Liberalen etablierten Kooperation haben wir es geschafft, dass auch in Bayern das Schulsystem flexibler und durchlässiger geworden ist. Wir haben ein zusätzliches Schulangebot als passende Antwort auf die Entwicklung der Schülerzahlen und des geänderten Schulwahlverhaltens der Eltern und bieten damit eine sinnvolle Ergänzung zum differenzierten Schulwesen in Bayern.

In unserer Kooperationsschule können wir den Schülerinnen und Schülern einerseits einen sicheren und guten Weg zum Schulabschluss garantieren, andererseits erhalten auch die Kommunen Planungssicherheit für den Erhalt ihrer Schulstandorte.

Ich sage aber auch: Das reicht nicht. Deshalb werden wir auch die Kooperation zu einer echten Alternative weiterentwickeln müssen. Die aktuelle Ausschreibungsrunde für Kooperationsschulen bis zum 30. April 2012 ist ein Anfang. Die gesetzliche Verankerung wird bis 2013 folgen. Die eigenverantwortliche Schule gehört für uns unbedingt dazu. Mit ihr sollen die bayerischen Schulen mehr Freiheit bei der Einstellung ihrer Lehrkräfte erhalten, eine zeitgemäße Führungsstruktur, aber auch mehr Verantwortung für ein finanzielles Budget der Schule.

Wir wollen und müssen die Ganztagschulen deutlich ausbauen. Das haben wir an allen Schularten in Bayern begonnen, und wir wollen nun damit beginnen, Schulen zu Ganztagschulen auszubauen, um den rhythmisierten Unterricht zu gewährleisten.

Mit all diesen Vorhaben sorgen wir für mehr Qualität an den bayerischen Schulen und schaffen einen pädagogischen Mehrwert. Pädagogisch fragwürdige Experimente wie die Gemeinschaftsschule sind nicht notwendig. Wir wollen keine Strukturen ändern, sondern das bestehende System optimal weiterentwickeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte. Zunächst danke, Frau Will. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Pfaffmann.

Renate Will (FDP): Gerne.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Frau Kollegin Will, ich stelle fest: Sie selbst haben in jener Podiumsdiskussion vor der Landtagswahl den Eltern, Schülern und Lehrern eine längere gemeinsame Schulzeit versprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihr eigener Parteitag hat beschlossen und in Ihren Parteiprogrammen kann man nachlesen, dass Sie eine längere gemeinsame Schulzeit umsetzen wollen. Sie votieren heute gegen eine längere gemeinsame Schulzeit - das haben Sie zum Ausdruck gebracht. Ist das nicht eine bewusste und klare Lüge gegenüber Ihren eigenen Versprechungen vor der Landtagswahl?

(Thomas Hacker (FDP): Nein!)

Ist das nicht auch eine eindeutige Abstimmung gegen Ihr eigenes parteipolitisches Programm? Liebe Frau Kollegin Will, bedeutet das nicht in der Konsequenz, dass Sie in dieser Koalition schulpolitisch überhaupt nichts zu melden haben und lediglich aus machtpolitischen Gründen noch Schulpolitik betreiben?

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Nein!)

Renate Will (FDP): Lieber Herr Pfaffmann, wir kennen uns schon aus dem Wahlkampf. Erstens. Wir sind in eine Koalition eingetreten. Jetzt gilt der Koalitionsvertrag.

Zweitens. Wir haben nie gesagt, dass wir für eine Gemeinschaftsschule der Jahrgangsstufen 1 bis 10 sind.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Für eine längere gemeinsame Schulzeit waren Sie schon!)

Wir haben damals gesagt: Wir sind für eine gemeinsame Schulzeit der Jahrgangsstufen 1 bis 6. Das ist ein Unterschied zu einer Gemeinschaftsschule. Das wäre eine Orientierungsstufe an der Grundschule gewesen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Stimmt, das war die Gelenkklasse!)

- Richtig, daraus ist die Gelenkklasse geworden.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Von der keiner mehr was weiß!)

Jetzt gilt der Koalitionsvertrag.

Drittens. Lieber Herr Pfaffmann, wir haben in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt, dass wir das bestehende Schulsystem dahingehend verändern, dass die Zahl der Wiederholer zurückgeht, was geschehen ist, und dass wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler den Abschluss machen können, der zu ihnen passt. Es war nie die Rede davon, dass wir eine Strukturdebatte führen wollen.

Wir sind jetzt dabei, unsere Vorstellungen durch Kooperationsmodelle, durch Intensivierungsstunden und die sogenannte individuelle Förderung, die Sie immer anzweifeln, umzusetzen. Außerdem haben wir die Ganztagschulen ausgebaut. Das ist die Wahrheit. In dieser Legislaturperiode wird sich daran nichts ändern, weil wir den Koalitionsvertrag in dieser Legislaturperiode nicht neu schreiben werden.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wie schaut es in der nächsten Legislatur aus?)

- Das werden wir sehen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat Herr Kollege Nöth das Wort. Anschließend wird Herr Staatsminister Dr. Spaenle sprechen.

Eduard Nöth (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, dass wir mit diesem Gesetzentwurf, der von der SPD bereits im September 2010 eingereicht worden ist, heute zu einem Abschluss kommen. An uns lag es sicherlich nicht. Die Verzögerung hat die einbringende Fraktion zu verantworten. Vielleicht haben Sie noch Zeit gebraucht, um über diesen Vorschlag zu diskutieren. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass heute tatsächlich der Zeitpunkt ist, dieses Thema parlamentarisch abzuarbeiten.

Ich darf für meine Fraktion noch einmal feststellen, dass es Ziel unserer Politik ist, für jedes Kind die richtige Schule und nicht die gleiche Schule für alle Kinder in Bayern zu errichten. Wir lehnen den Gesetzentwurf schon deshalb ab, weil wir derzeit für eine weitere Schulart in Bayern absolut keinen Bedarf erkennen. Wir hören in die Bevölkerung hinein und haben erkannt, dass weder die Eltern noch die Lehrer und Schüler nach all den Anpassungen und Veränderungen der letzten Jahre eine Veränderung wünschen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! Genau so ist es!)

Sie wollen endlich einmal in Ruhe arbeiten und das System in der vorgesehenen Form einführen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Momentan brauchen wir keine Strukturdebatte. Herr Kollege Felbinger, im Bildungswesen gibt es immer neue Wege. Dafür brauchen wir aber keine neuen Strukturen. Die Einführung neuer Wege ist überall möglich.

Wir lehnen den Gesetzentwurf auch deshalb ab, weil er eine durchschaubare Taktik verfolgt. Die Vorredner haben es bereits angesprochen, und auf dem SPD-Parteitag wurde die Katze aus dem Sack gelassen: Sie wollen mit der Einführung der Gemeinschaftsschule als alternative Schulart lediglich die Tür für die Umstellung des Bildungssystems in Bayern öffnen. Mit diesem Gesetzentwurf scheuen Sie allerdings die Auseinandersetzung mit den von einer möglichen Umstellung Betroffenen. Was eine Umstellung des Systems auf eine Gemeinschaftsschule bedeuten würde, wurde bereits ausgeführt. Sie würden damit die Axt an das erfolgreiche bayerische Gymnasium und letztlich auch an die bayerische Realschule legen. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

Wir setzen weiterhin auf das differenzierte System und nicht auf die Gemeinschaftsschule. Wir setzen auf den Ausbau der individuellen Förderung. Unsere Kinder sind verschieden. Ein gutes Schulsystem muss meines Erachtens den unterschiedlichen Neigungen, Begabungen und Talenten Rechnung tragen. Jedes Kind hat den gleichen Anspruch darauf, in seinen individuellen Fähigkeiten und Talenten gefördert zu werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist das in Bayern so?)

Wir sind der Auffassung, dass dafür in den klar ausgeprägten Schulsystemen und vor allem in den Bildungsgängen ab der 5. Jahrgangsstufe dafür die besten Voraussetzungen bestehen. Unsere Kinder werden so am besten auf die unterschiedlichen beruflichen und studienbezogenen Anforderungen vorbereitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der einschlägigste Beweis für die Stimmigkeit und die Weiterentwicklung unseres Systems ist das, was am Ende dabei herauskommt. Sehen Sie sich einmal die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern an. Es ist ein Erfolg der bayerischen Bildungspolitik, dass in Bayern nur 3 % der Jugendlichen keine Arbeit haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie fordern in Ihrem Gesetzentwurf passgenaue individuelle Lernangebote oder Portfolios. Nach meiner Meinung ist dies kein Alleinstellungsmerkmal der Gemeinschaftsschule. Dies kann und wird bereits heute in allen bestehenden Schulformen umgesetzt. Herr Güll, schon deshalb bedarf es keiner veränderten Struktur und auch keiner weiteren Schulart. Das ist bereits im Rahmen des EUG und aller Schulordnungen in Bayern möglich.

Wir lehnen den Gesetzentwurf der SPD aber auch deshalb ab, weil wir mit der neuen Mittelschule und ihren Verbänden sowie mit den vielen Kooperationen, auf die Frau Kollegin Will eingegangen ist, schon heute den mittleren Schulabschluss überall wohnortnah ermöglichen. 20 % unserer Mittelschüler - mit steigender Tendenz - erreichen diesen Abschluss. Wir unterstützen selbstverständlich auch weiterhin die Kooperationen zwischen den Schularten nach dem Motto: Zusammenarbeit statt Zusammenlegung. Die Abschlüsse, die die Gemeinschaftsschule vergeben soll, können bereits heute an der bayerischen Mittelschule erreicht werden.

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf aber auch ab, weil er keinerlei Antwort auf die Kosten für die Einführung der Gemeinschaftsschule gibt. Wenn, wie in Ihrem System vorgeschlagen, an allen Schulstandorten der Gemeinschaftsschule nach gymnasialem Standard unterrichtet werden soll, dieses Angebot bereits bei einer Mindestschülerzahl von 150 Schülern eingeführt werden kann, jedem Schüler ein passgenaues Lernangebot gemacht wird, Kinder mit Behinderungen aufgenommen werden sollen, zusätzliche Angebote in Kursen und Fachmodulen gemacht werden sollen, Binnendifferenzierungen bei vielleicht 15 Schülern pro Jahrgangsstufe erfolgen sollen, die Gemeinschaftsschule auch als gebundene Ganztagschule geführt werden soll und Lehrkräfte aus allen Schularten dort unterrichten sollen, dann kann doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Gemeinschaftsschule nicht kostenneutral geführt werden, wie Sie es uns in Ihrem Gesetzentwurf anbieten. In diesem Zusammenhang wäre wirklich auch danach zu fragen, wie all das, was ich jetzt aus Ihrem Gesetzentwurf vorgelesen habe, letztendlich vor Ort auch zu organisieren ist.

Meine Damen und Herren, ich will noch eines sagen. Es wird ja auch dargelegt, dass diese weitere Schulart eine Antwort auf die demografischen Entwicklungen in unserem Lande wäre. Ich halte genau das Gegenteil für richtig. Je mehr Schularten vorhanden sind, desto mehr verteilen sich die Schüler und desto mehr Schulstandorte sind letztendlich auch gefährdet.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Abschluss, meine Damen und Herren. Das differenzierte bayerische Bildungssystem zeichnet sich durch enorme Leistungsfähigkeit, hohe Durchlässigkeit, große Bildungsgerechtigkeit und gute, stets wiederkehrende Chancen aus.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit?

Eduard Nöth (CSU): Ja. - Für die CSU, meine sehr geehrten Damen und Herren, zählt auf Dauer Verlässlichkeit und Kontinuität in der Schul- und Bildungspolitik; die Gemeinschaftsschule bietet für sich in der Praxis keinen Mehrwert. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Nöth. - Von der Restredezeit in Höhe von zwei Minuten möchte gern die SPD, hier Herr Güll, noch Gebrauch machen. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich höre fast mit Vergnügen, dass Sie sagen, derzeit gibt es noch keinen Bedarf dafür; also, es kann noch werden, und das können wir vielleicht auch erwarten.

Ich höre auch, dass Sie uns unterstellen, wir hätten eine durchschaubare Taktik. Ich kann das nur so interpretieren: Sie haben natürlich gewaltig Muffen, dass wir das tatsächlich auch umsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Und das werden wir auch tun, die Wähler werden es ermöglichen. Denn wenn Sie einmal Zeitungslektüre betreiben, dann sehen Sie gerade in den Leserbriefen, die in der letzten Zeit zum G 8 veröffentlicht wurden, eigentlich nichts als Unzufriedenheit. Also, Sie bleiben ja die Lösungen schuldig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, wissen Sie, wovon die Eltern und die Lehrer jetzt wirklich genug haben? Das sind Ihre Reformen, die Sie seit 2000 mit R 6, mit G 8 gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb wollen sie Ruhe.

(Zuruf von der SPD)

Wir wollen, die Dinge bereinigen, die wirklich gemacht werden müssen.

Und wissen Sie noch etwas? Wer hat denn die Axt an das Schulsystem angelegt? Wer hat denn die Axt an Hauptschule und Mittelschule angelegt? Waren das wir, haben wir regiert? Oder haben Sie die Hauptschule und die Mittelschule an die Wand gefahren,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

sodass nicht einmal noch sieben Prozent der Eltern diese Schulform haben wollen?

(Zurufe von der CSU)

Sie beschwören immer den Schulabschluss der Hauptschule - schauen Sie doch einmal genau hin, wer diesen Abschluss macht. Das sind die zurückgekehrten Gymnasiasten. Mit einer M 7 fangen sie in diesen Mittelschulen an und mit zwei M 10 hören sie auf. Wo kommt denn diese wunderbare Schülervermehrung her? Das sind alles Rückläufer, die durch Ihr Schulsystem gescheitert sind und deshalb irgendwo aufgefangen werden müssen.

(Zuruf von der CSU)

Deshalb muss die Schulentwicklung vorangehen, müssen wir unsere Schullandschaft erweitern. Nur deshalb brauchen wir auch diesen Gesetzentwurf. Aber vermutlich ist es tatsächlich nicht der Rede und der Mühe wert, Ihnen das zu erklären.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Güll. - Zuletzt hat das Wort die Staatsregierung, Herr Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Bildungspolitik, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin, hat die Aufgabe, die Chancen der jungen Menschen in unserem Land mit entsprechend passgenauen Möglichkeiten und schulischen Angeboten zu versehen. Im Mittelpunkt von Bildungspolitik, erfolgreicher Bildungspolitik, steht deshalb ein Schulwesen, das den individuellen Persönlichkeiten ebenso individuelle und differenzierte Optionen und Schulwege eröffnet.

Deshalb genügt eine zusätzliche Schulform, die für alle dasselbe vorsieht, aus unserer Sicht diesem Anspruch nicht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein Schulversuch oder ein Ansatz, Schule zu organisieren, der sich auf dieses Grundprinzip aus dem 20. Jahrhundert stützt, für alle dasselbe anzubieten, ist tatsächlich nicht tragfähig.

(Zuruf von der SPD)

Das ist der Kern der Überlegung.

Wir wollen das differenzierte Bildungswesen und die Chancen, die es Kindern in Bayern bietet. Nach der letzten Ländervergleichsstudie erhalten die neunten Klassen aller Schularten in Bayern von der Mittelschule bis zum Gymnasium im Vergleich der Länder in Bayern die besten Bildungschancen. Wir wollen diese Wege im differenzierten Bildungswesen. Wir wollen den jungen Menschen differenziert schulische Angebote machen, die für ihren persönlichen Entwicklungsweg

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

die richtigen Antworten geben.

Das Zweite ist das Thema, wie wir die jungen Menschen auf ihrem ganz persönlichen Weg zu dem angestrebten Abschluss, für den es immer einen Anschluss geben muss, begleiten. Da gehen wir diametral anders vor, als es die Kollegen der SPD mit ihrem Gesetzentwurf vorsehen.

Wir wollen die Entwicklung des einzelnen Kindes und jungen Menschen auf dem Weg fördern, ein bestimmtes pädagogisches Ziel, etwa in der erfolgreichen bayerischen Grundschule zu erreichen, die sich auf eine auf vier Jahre ausgelegte pädagogische Konzeption stützt. Wir wollen Wege eröffnen, dass die Kinder und jungen Menschen zum Erreichen ihres pädagogischen Ziels, eines bestimmten Abschlusses, die Zeit in Anspruch nehmen können, die sie in ihrem ganz individuellen Entwicklungsgang benötigen.

Das ist ein grundlegend anderer bildungspolitischer Ansatz. Sie gehen systemisch vor, wir orientieren uns am Kind und am jungen Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das sind zwei unterschiedliche Ansätze, über die man sich austauschen kann - das tun wir auch -, und letztlich werden wir damit natürlich auch vor die bayerische Bevölkerung treten. Wir werden diesen Weg der individuellen Förderung im differenzierten Bildungswesen konsequent weitergehen, vom Ansatz der flexiblen Grundschule über die Möglichkeiten, mit den entsprechenden Zeithorizonten, etwa in den 9+2-Modellen an der bayerischen Mittelschule, einen mittleren Abschluss zu erwerben. Es sind - ich muss den Kollegen Nöth an einer einzigen Stelle korrigieren - inzwischen schon über 25 % der jungen Menschen, die an einer Mittelschule ihren mittleren Abschluss machen.

Wir werden den jungen Menschen helfen - gleich, welchen Weg sie im Bildungswesen einschlagen -, jeden Anschluss in diesem Bildungswesen zu finden, und sie unterstützen, diesen Weg konsequent weiterzugehen.

Wir können deshalb mit Vorklassen jungen Menschen, die nach einem mittleren Abschluss die Fachoberschule besuchen wollen, ein Angebot machen, das von den Schulen selbst kommt, sodass es die jungen Menschen nach ihrem persönlichen Bildungsstand und Entwicklungsweg für sich entsprechend in Anspruch nehmen können. Wir können mit der flächendeckenden Einführungsklasse - und seit heute Nachmittag können wir auch sagen, dass wir dieses Instrument bayernweit flächendeckend anbieten können - einen Weg für junge Menschen eröffnen, die die gymnasiale Oberstufe nach einem mittleren Abschluss besuchen wollen und sich noch ein Jahr fit machen wollen.

Wir werden genau diesen Weg nach einer vernünftigen, seriös angelegten und breit aufgestellten Analyse und Evaluation des bayerischen Gymnasiums in seiner achtjährigen Konzeption ebenso schulorganisatorisch begleitend einschlagen, damit auch die jungen Menschen das achtjährige bayerische Gymnasium mit dem Abitur in der Zeit, die sie für sich persönlich benötigen, erreichen können.

Das ist die unterschiedlich angelegte bildungspolitische Strategie. Wir begleiten den einzelnen jungen Menschen im differenzierten Bildungswesen, dessen Grundgedanke ist, ihnen Bildungswege anzubieten, letztlich, wenn Sie so wollen, mit einem Alleinstellungsmerkmal, das eine andere differenzierte Schulart nicht vorhält. So bietet zum Beispiel die bayerische Mittelschule mit der vertieften Berufsorientierung eine so intensive Vorbereitung auf die duale Ausbildung, wie es keine andere Schulart kann. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter.

Ein Weiteres ist das Thema der vergleichbaren Lebensverhältnisse in Bayern. Das gilt auch dafür, dass - gleich, wo die Menschen in unserem Land leben - ihnen eine entsprechende Bildungslandschaft angeboten sein muss. Wir wollen den Schatz der knapp 1.000 Mittelschulstandorte neben den etwa 330 Standorten jeweils für Realschule und Gymnasien sichern und weiterentwickeln, und zwar mit der Verbundstrategie der Mittelschule und einer standortbezogenen Schulentwicklung, die passgenaue Lösungen zum Erhalt möglichst vieler wohnortnaher Standorte anbietet.

Wir konnten die Zahl der Schließungen im Bereich der Mittelschulen

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

von über 40 vor drei Jahren auf jetzt um die zehn im laufenden Schuljahr zurückführen. Ab heute kann man wirklich sagen: Wir werden eine Bestandsgarantie für rechtlich selbständige Grundschulen abgeben, wenn sie eine Mindestgröße von 26 Schülern in allen vier Klassen haben. Das ist praktische Bildungspolitik für die ländlichen Räume. Wir wollen mit einem anderen Grundkonzept als die SPD in eineinhalb Jahren vor den Souverän treten. Bei all den Dingen, die wir täglich an bayerischen Schulen verbessern müssen, um den gewachsenen Anforderungen einer heterogeneren Schülerschaft und dem Anspruch der einzelnen Familien auf einen passgenauen Bildungsweg gerecht zu werden, treten wir voller Überzeugung vor die Menschen in diesem Land. Lassen Sie uns nach der nächsten Wahl über die unterschiedlichen bildungspoliti-

schen Strategien befinden. Ich bin sicher, wir werden für unser Konzept große Zustimmung finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, weshalb wir die Aussprache schließen und zur Abstimmung kommen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Nachdem wir heute schon ausreichend geübt haben, und Sie sich sicher noch an die Stimmkästen erinnern können, versuchen wir die Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen auf Drs. 16/5764 innerhalb von drei Minuten durchzuführen. Mit der Abstimmung kann jetzt begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 20.51 bis 20.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abstimmungsvorgang ist abgeschlossen. Ich bitte, die Stimmen draußen auszuzählen. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Trotz vieler Zugeständnisse hinsichtlich verschiedener Aussprachen sind wir immer noch bei einem Sitzungsende zwischen 23.30 und 00.00 Uhr. Lassen Sie uns deshalb zügig fortfahren.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich bitte um Aufmerksamkeit. Mit Ja haben 43 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86. Es gab 13 Enthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.03.2012 zu Tagesordnungspunkt 5: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion SPD; zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drucksache 16/5764)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			X
Kamm Christine			
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian			
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard			
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	43	86	13